

Wirtschaftliche Transformationsprozesse in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens

Büschenfeld, Herbert

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Büschenfeld, H. (1999). Wirtschaftliche Transformationsprozesse in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens. *Europa Regional*, 7.1999(4), 23-38. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48296-5>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Wirtschaftliche Transformationsprozesse in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens

HERBERT BÜSCHENFELD



Abb. 1: Übersichtskarte der Nachfolgestaaten Jugoslawiens

Mit dem Auseinanderbrechen Ex-Jugoslawiens ist das bis dahin maßgebende jugosozialistische Wirtschaftssystem, basierend auf den Fundamentalprinzipien „Arbeiterselbstverwaltung“ und „gesellschaftliches Eigentum“, obsolet geworden. Angesichts dessen sahen sich die Nachfolgestaaten (Abb. 1) vor die Notwendigkeit gestellt, an dessen Stelle marktwirtschaftlichen Leitlinien Geltung zu verschaffen. Rückwirkung der Umgestaltung ist eine nachhaltige Depressionsphase; alle neuentstandenen Staaten verzeichnen zunächst eine gravierende Verringerung ihrer Wirtschaftsleistung. Sich voneinander abhebende Rahmenbedingungen – differierende politische und ökonomische Grundeinstellungen, unterschiedliche Potentiale, ungleiche direkte und indirekte Belastungen durch die mit der Sezession verbundenen kriegerischen Aus-

einandersetzungen sowie deren Folge- und Begleitgeschehnisse – bewirken, dass die Transformations- und Regenerationsprozesse in den einzelnen Nachfolgestaaten verschieden weit vorangekommen sind.

Slowenien

Unter allen Jugoslawien-Nachfolgern hat Slowenien den wirtschaftlichen Umbau am erfolgreichsten vollzogen, namentlich dank seines ausgeprägten Reformwillens. Als einzigem der neukonstituierten Staaten ist es ihm gelungen, das ökonomische Leistungsniveau der Vor-Wendezeit nicht nur wiederum zu erreichen, sondern sogar deutlich zu übertreffen (Abb. 2).

Dabei befand es sich bei Beginn seines staatlichen Eigenlebens in einer äußerst prekären Situation, da mit der Desintegration des jugosozialistischen Staatswesens die Auflösung des

intrajugoslawischen Wirtschaftsverbands einherging. Für Slowenien ergab sich daraus der Verlust eines Großteils seiner Beschaffungs- und Absatzräume. Zum einen fand es sich von seinen bisherigen Zugriffsmöglichkeiten auf die ausgesprochen preisgünstigen Rohmaterial-Bezugsquellen im Südosten Jugoslawiens abgeschnitten, von denen es mangels nennenswerter eigener Ressourcen in hohem Maße abhängig war. Zum anderen erwies sich als noch einschneidender das Wegbrechen des zuvor offenstehenden gesamtjugoslawischen Binnenmarktes mit 20 Mio. Konsumenten, auf dem ein Viertel der slowenischen Erzeugnisse ohne aufwendige Marketinge-

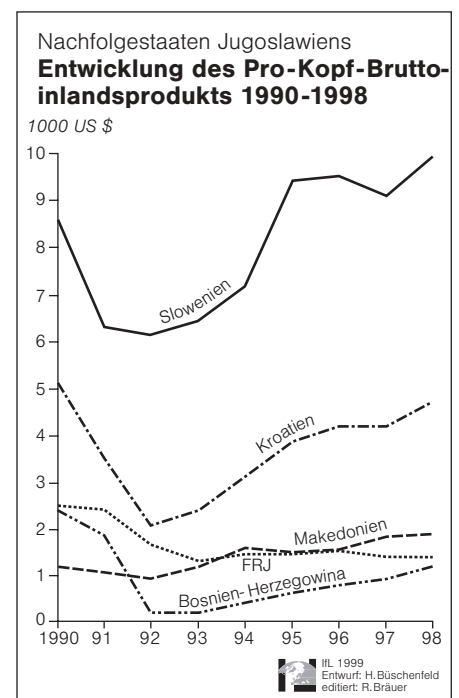


Abb. 2: Entwicklung des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts 1990 bis 1998 (in USD)

Quellen: Stat. let. 1996, S. 591; 1998, S. 643; Državni zavod. 8/1997, S. 91; Stat. Yearbook of Macedonia 1994, S. 689; Zavod. 7/1996, S. 13; bfai: Slowenien 5/1999, S. 1; Kroatien 5/1999, S. 1; BR Jugoslawien 5/1999, S. 1; Bosnien-Herzegowina 5/1999, S. 1; bfai: Wirtschaftsentwicklung Mazedonien 1997, S. 22; Osteuropa Institut 1999, S. 98, 105, 121; FAZ-Informationsdienste 2/1999, S. 49; Djukić 1998b, S. 47

	Slowenien	Kroatien	FRJ	Makedonien	Bosnien-Herzegowina		
					Föderation		Republika Srpska
1990	-10,5	-11,3	-12,9	-10,6		-8,5	
1991	-12,4	-28,5	-16,8	-16,5		-24,5	
1992	-13,2	-14,6	-22,7	-15,8		-33,2	
1993	-2,8	-6,1	-37,7	-14,0		-92,6	
1994	6,4	-2,6	1,0	-10,6		-11,2	
1995	2,0	0,2	3,8	-10,5	58		-12
1996	1,0	3,1	8,0	3,2	88		0
1997	1,5	6,8	9,5	6,0	36		0
1998	3,7	3,7	3,8	4,5	25		26

Tab. 1: Reale Veränderung der industriellen Produktion 1990 bis 1998 (in % gegenüber dem Vorjahr)

Quellen: bfai: Slowenien 5/1999, S. 2; Banka Slovenije 2/1997, S. 52; Stat.ljet. 1995, S. 153; bfai: Kroatien 5/1999, S. 2; FAZ-Informationsdienste: Slowenien/Kroatien 2/1999, S. 24; bfai: Bundesrepublik Jugoslawien 5/1999, S. 2; Investmentbank Austria 11-12/1996, S. 22; bfai: EJR Mazedonien 5/1995, S. 2; 5/1999, S. 2; NZZ v. 12.5.1993; World Bank/ EBRD 1995, S. 114; Osteuropa-Institut 1999, S. 101

nergien, gleichsam mühelos, abgesetzt worden war. Doch damit nicht genug, denn zeitgleich ergab sich eine Schrumpfung von annähernd der Hälfte der Warenlieferungen an osteuropäische Länder, da im Zuge der Auflösung des RGW der bis dahin im Clearing- (Verrechnungs-) Verfahren abgewickelte Handel auf konvertible Währung umgestellt worden war und osteuropäische Partner angesichts dessen nunmehr westeuropäische Produkte bevorzugten. Alle diese Einbußen fielen insofern schwer ins Gewicht, als das slowenische Sozialprodukt zum damaligen Zeitpunkt zu annähernd zwei Fünfteln durch die Industrie erwirtschaftet wurde und deren Produktionsvermögen die Aufnahmefähigkeit des heimischen Marktes mit lediglich 2 Mio. Verbrauchern weit übersteigt. Angesichts dessen ist Slowenien unabhängig auf breite externe Vermarktungsmöglichkeiten angewiesen.

Auf Grund des geschrumpften Vertriebsfeldes mußte Slowenien während der eigenstaatlichen Anlaufphase eine Verringerung des industriellen Outputs um beinahe ein Drittel (Tab. 1) und einen entsprechenden Rückgang des Sozialprodukts hinnehmen. Die Arbeitslosenrate kletterte auf über 15 %, und zwar in einem Land, in dem seit Menschengedenken nicht nur Vollbeschäftigung geherrscht hatte, sondern in dem man zudem in beträchtlichem Umfang auf „Gastarbeiter“ aus den unterentwickelten Regionen Ex-Jugoslawiens zurückgreifen mußte.

Konsolidierung

Grundlage der Überwindung der anfänglichen Rezessionsphase bildet eine strikte monetäre Disziplin. Durch Abkoppelung vom Dinar-Raum und Einführung einer eigenen Währung, des Tolar (SIT), durch Limitierung der Geldmenge sowie einen praktisch

ausgeglichenen Staatshaushalt ist es gelungen, ein solides wirtschaftliches Fundament herzustellen. Die Inflationsrate, 1991 noch 118 %, konnte auf 7,9 % (1998) zurückgeschraubt werden. Alle Indikatoren belegen, dass Slowenien die Talsohle seit dem zweiten Halbjahr 1993 durchschritten hat. Dank der makroökonomischen Stabilisierung sind seitdem nur noch positive Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu verzeichnen (Abb. 3).

Beim Zustandekommen des BIP zeichnet sich freilich eine signifikante Schwerpunktverlagerung ab: Das Gewicht des sekundären Sektors nimmt mehr und mehr ab, das des tertiären Sektors fortgesetzt zu (Abb. 4). Der Index der Industrieproduktion unterschreitet das Niveau vor der Unabhängigkeit um ein knappes Fünftel, die Zahl der Industriebeschäftigten reduzierte sich zwischen 1990 und 1997 von rd. 450 000 auf weniger als 250 000 (KLEMENČIČ 1997, S. 58). Betroffen sind in erster Linie traditionelle und arbeitsintensive Sparten, die Schwarzmetallurgie, Holzverarbeitung, Textil- und Lederwarenherstellung, während zukunftssträchtige Zweige wie die Elektro- und Elektronikbranche und auch die Fertigung langlebiger Konsumgüter andererseits Zuwächse verzeichnen können. Alles in allem hat der industrielle Sektor seine frühere Position als Rückgrat der slowenischen Wirtschaft eingebüßt. Demgegenüber entwickelt der Dienstleistungssektor eine eindrucksvolle Dynamik. Nahezu die Hälfte aller Erwerbstätigen ist mittlerweile in Service-Bereichen tätig. Kräftig expandieren namentlich Groß- und Einzelhandel, Transportwesen und Telekommunikation, die unterdessen westeuropäischem Stan-

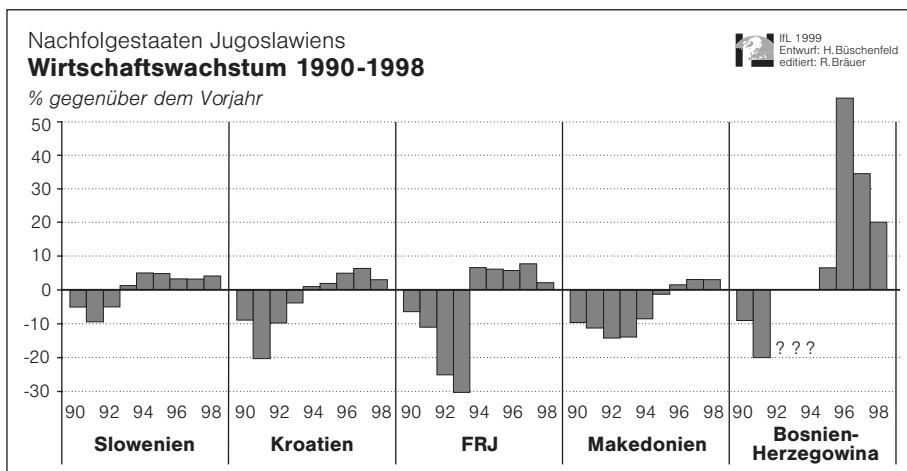


Abb. 3: Wirtschaftswachstum 1990 bis 1998 (in % gegenüber dem Vorjahr)

Quellen: Stat. let. 1997, S. 428; bfai: Slowenien 5/1995, S. 2; Kroatien 5/1997, S. 1; Mazedonien 5/1995, S. 2; 5/1999, S. 1; Osteuropa-Institut 1998, S. 88, 95, 109; 1999, S. 101, 105, 121; FAZ-Informationsdienste 2/1999, S. 48; Jb. 1996/97, S. 155; Jb. 1998/99, S. 49; Deutsche Bank Research 3/1999, S. 28, 34; Fokus Osteuropa 9/1997, S. 63, 65; vwd 6.9.1995; 20.8.1999; Yugoslav Survey 1/1995, S. 92; 4/1995, S. 52; RIEDEL 1998, S. 344, 360; NZZ 12.5.1993

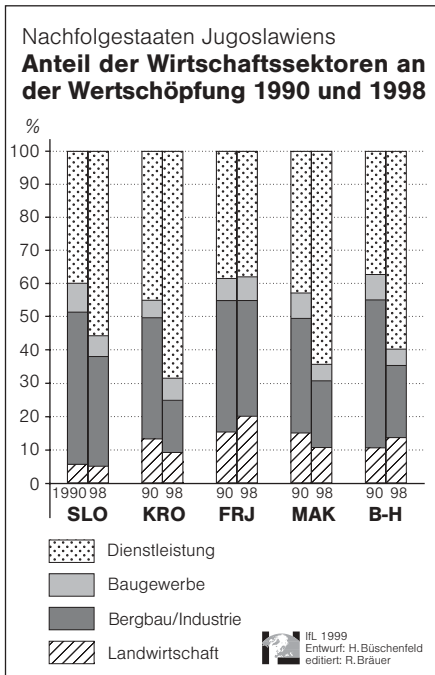


Abb. 4: Wertschöpfung der Wirtschaftssektoren 1990 und 1998 (in %)

Quellen: Stat. let. 1995, S. 406 (err.); Stat. ljet. 1995, S. 152 (err.); Yugoslavia in Figures 1995; Zavod ... 1996, S. 13 (err.); bfai: Slowenien 5/1999, S. 2; Kroatien 5/1999, S. 1; BR Jugoslawien 5/1999, S. 2; Mazedonien 5/1999, S. 1; Osteuropa-Institut 1999, S. 7, 101; Agency of the Republic of Macedonia 1996, S. 74

dard nahe kommen. Der Tourismus erreicht zwar noch nicht seinen Vorkriegsstand, er ist gleichwohl deutlich im Anstieg begriffen. Per Saldo hat der Dienstleistungssektor längst die Rolle des maßgebenden Wachstumsträgers der slowenischen Wirtschaft übernommen.

Uneffektive Privatisierung

Das verminderte industrielle Gewicht ist vorrangig auf die Art und Weise zurückzuführen, in der die Privatisierung des überkommenen „gesellschaftlichen Eigentums“ vollzogen wurde. „Gesellschaftliches Eigentum“, ein weltweit einmaliges jugosozialistisches Konstrukt, unterscheidet sich vom staatlichen Eigentum anderer sozialistischer Länder dadurch, dass es keinen definierten Titular kennt. Als gleichsam herrenloses Gut gehört es gewissermaßen sich selbst. Das Verfügungsrecht über den eigentümerlosen Besitz, über Produktionsmittel und Erträge, oblag dem jeweiligen Arbeitskollektiv, das mittels Selbstverwaltungsgremien über alle Belange befand. Ein marktorientiertes Wirtschaftssystem hingegen setzt eindeutige Besitztatbestände voraus. Es erfordert zwingend die Umwandlung

des anonymen Gesellschaftseigentums in Besitztum mit explizitem Eigner, natürlichen oder juristischen Personen.

Obwohl das slowenische Privatisierungsgesetz bereits 1992 verabschiedet worden war, ging die Umwandlung der 1545 gesellschaftlichen Unternehmen, sie beschäftigen 85 % aller Arbeitskräfte, zunächst nur äußerst schleppend vonstatten. Sie wurde erst 1994 in Angriff genommen, ab 1996 energischer vorangetrieben und ist schließlich 1998 größtenteils (98 % aller Fälle) abgeschlossen worden. Zwar sind die Unternehmen in Kapitalgesellschaften überführt worden, doch ging ein erheblicher Teil von ihnen, etwa die Hälfte, mehrheitlich in Staatsbesitz über. Im übrigen hat meist eine Insider-Privatisierung stattgefunden, indem Leitungspersonen und Beschäftigte die Aktien ihrer jeweiligen Firma zu Vorzugskonditionen erwarben (Management-Employee-Buy-Out). Angesichts dessen stellen fast 90 % aller Betriebe Belegschaftseigentum dar (UVALIĆ 1997, S. 60). Dieses Faktum wirkt sich insofern kontraproduktiv aus, als sich an der Unternehmensführung nichts Wesentliches ändert, kein frisches Kapital für notwendige Rationalisierungen zur Verfügung steht und demgemäß keine durchgreifende Restrukturierung erfolgt. Aus Furcht vor einem „Ausverkauf der slowenischen Wirtschaft“ sind landesfremde Kapitalgeber an der Privatisierung kaum beteiligt worden. Ausländische Direktinvestitionen beschränken sich kumuliert bislang auf mäßige 2,25 Mrd. USD (bfai 5/1999, S. 3). Die weithin zu vermissende Reorganisation und somit ausbleibende Produktivitätsfortschritte bedingen, dass nicht wenige Betriebe sich nach wie vor in der Verlustzone bewegen und bereits eine Reihe von Konkursen zu registrieren sind. Die höchsten Defizite verzeichnen die überwiegend in Staatshand befindlichen, permanent auf Subventionen angewiesenen Werke. Im Hinblick darauf ist 1998 ein neues Rahmengesetz zur Privatisierung der verbliebenen Staatsunternehmen verabschiedet worden, dessen Umsetzung freilich noch auf sich warten läßt.

Resümierend muss festgestellt werden, dass der slowenische Privatisierungsmodus sich als wenig effizient

erwiesen hat. Der Anteil des Privatsektors an der Erwirtschaftung des BIP stellt sich derzeit auf lediglich 55 % (Osteuropa-Institut 1999, S. 7). Verglichen mit den übrigen EU-Beitrittskandidaten ist Slowenien, was die Privatisierungsbilanz angeht, eher ins Hintertreffen geraten.

Gelungene außenwirtschaftliche Umorientierung

Souverän hingegen hat das Land auf das Wegbrechen hergebrachter Märkte reagiert. Vermittels bemerkenswert zügiger Umlenkung seiner Handelsaktivitäten in Richtung konvertibler Währungsbereich ist es ihm gelungen, das vor der Verselbständigung erzielte Exportergebnis nicht nur wettzumachen, sondern sogar mehr als zu verdoppeln (Abb. 5). Anknüpfend an bereits zu jugosozialistischer Zeit gepflegte Kontakte zum Westen sind namentlich die Austauschbeziehungen zur EU ausgebaut worden. Längst wird das Gros der Ausfuhren (1998=65,5 %) auf westeuropäischen Märkten placiert (Foto 1). Dieser hohe Anteil basiert nicht zuletzt auf dem mit der EU abgeschlossenen Assoziierungsabkommen (1997). Darüber hinaus sind Verhand-

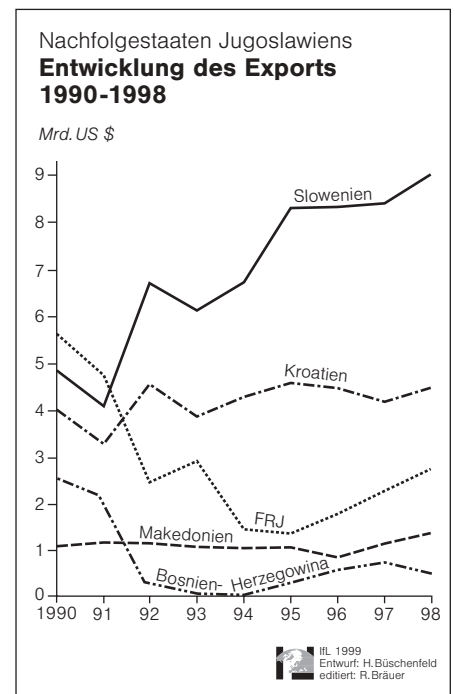


Abb. 5: Entwicklung des Exports 1990 bis 1998 (in Mrd. USD)

Quellen: Zavod 1996, S. 27; Yugoslav Survey 2/1992, S. 55; bfai: Slowenien 4/1994, S. 2; 11/1998, S. 2; 5/1999, S. 2; Kroatien 4/1994, S. 3; 11/1998, S. 2; 5/1999, S. 2; BR Jugoslawien 7/1997, S. 2; 5/1999, S. 2; Mazedonien 5/1996, S. 2; 5/1999, S. 2; Bosnien-Herzegowina 5/1999, S. 2; Osteuropa-Institut 1999, S. 111; GLIGOROV/SUNDSTROM 1999, S. 11

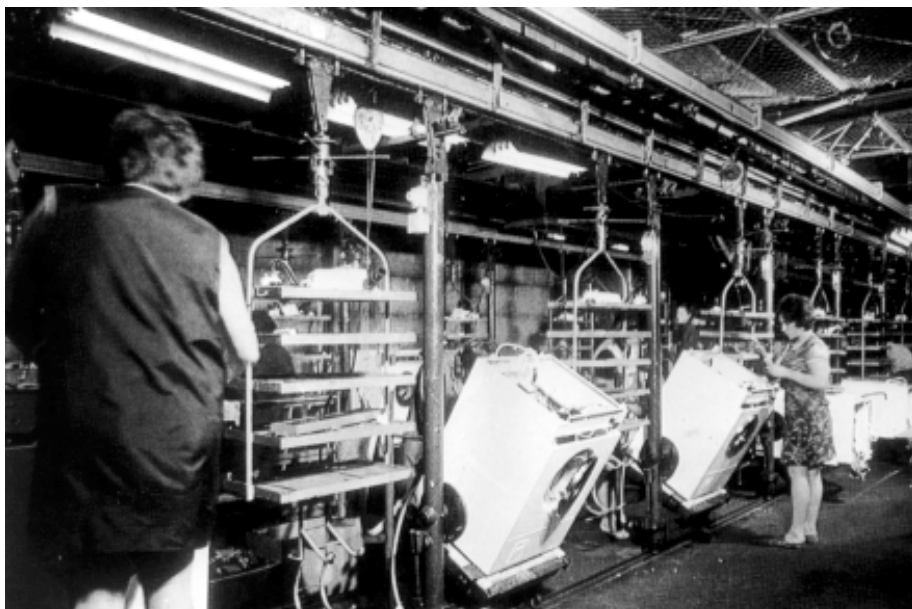


Foto 1: Der Haushaltsgerätehersteller „Gorenje“ (Velenje), größtes slowenisches Industrieunternehmen, exportiert 95 % seiner Produktion. Hauptabnehmer ist der deutsche Versandhandel.

Foto: Naš Caš

lungen über die Vollmitgliedschaft Sloweniens aufgenommen worden (Ende 1998), an deren Abschluss freilich frühestens im Jahre 2002 zu denken ist.

Noch schwunghafter als die Ausfuhr haben sich die Einfuhren entwickelt, hervorgerufen zum einen durch die Rohstoffarmut des Landes und den Modernisierungsbedarf seiner Industrie, zum anderen durch die beträchtlich gestiegene Kaufkraft der Bevöl-

kerung. Der monatliche Durchschnittsverdienst erhöhte sich – nach dem amtlichen Wechselkurs umgerechnet – von 553 USD (1990) auf rd. 1000 USD (1998). Die dadurch induzierte Nachfrage insbesondere nach Investitions- bzw. hochwertigen Konsumgütern hat einen wahren Einfuhrboom ausgelöst, der zusätzlich durch eine Überbewertung des Tolar und die damit verbundene Verbilligung importierter Waren stimuliert wurde (Abb. 6). Zwar konnten eine Abwertung der Landeswährung gegenüber DM und USD, gedrosselte Lohnzuwächse sowie hohe Realzinsen vor allem die private Kauflust vorübergehend etwas bremsen, doch erst die im Zuge der Anpassung an EU-Normen eingeführte Mehrwertsteuer von 19

bzw. 8 % (7/1999) dürfte längerfristig dämpfend wirken. Unbeschadet dessen bestreiten auch beim Importgeschehen Lieferungen der westlichen Staatengemeinschaft den Löwenanteil (1998= 69,4 %). Bereits im Vorfeld seiner formellen Aufnahme in die EU kann Slowenien mithin de facto als in deren Wirtschaftsraum integriert gelten.

Aus dem permanenten Überhang der Einfuhraufwendungen über die Ausfuhrerlöse resultiert zwar eine chronisch passive Handelsbilanz (Abb. 7; Deckungsrate 92 %); dank namhafter Überschüsse im Dienstleistungsverkehr kann Slowenien dennoch einen nahezu ausgeglichenen Leistungsbilanzsaldo (1998= -0,1 % des BIP) vorweisen. Die außenwirtschaftliche Flanke des Landes ist folglich als weitestgehend gesichert anzusehen.

Es bedarf wohl kaum noch des Hinweises, dass die betonte Außenhandelsorientiertheit Sloweniens als der ausschlaggebende Motor seiner prosperierenden Volkswirtschaft zu gelten hat.

Herausforderungen

Slowenien hat sich nach dem Zerfall des sozialistischen Jugoslawien flexibler als alle anderen Nachfolgestaaten den veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepaßt und erforderliche Reformen zunächst zügig in Angriff genommen. Indessen läßt sich seit einiger Zeit eine unübersehbare Abschwächung des Umgestaltungstempes registrieren. Gewiß wäre es nicht gerechtfertigt, von einem Reformstau zu sprechen, gleichwohl gehen vor allem auf Grund sich hinziehender parlamentarischer Dispute und entsprechend

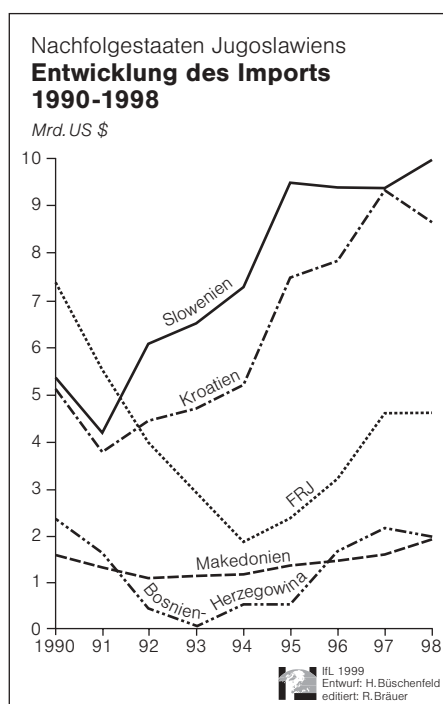


Abb. 6: Entwicklung des Imports 1990 bis 1998 (in Mrd. USD)

Quellen: s. Abb. 4

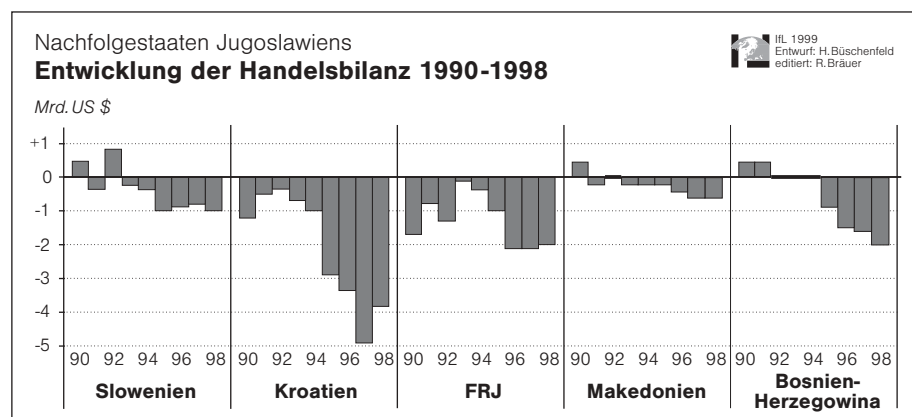


Abb. 7: Entwicklung der Handelsbilanz 1990 bis 1998 (in Mrd. USD)

Quellen: s. Abb. 4

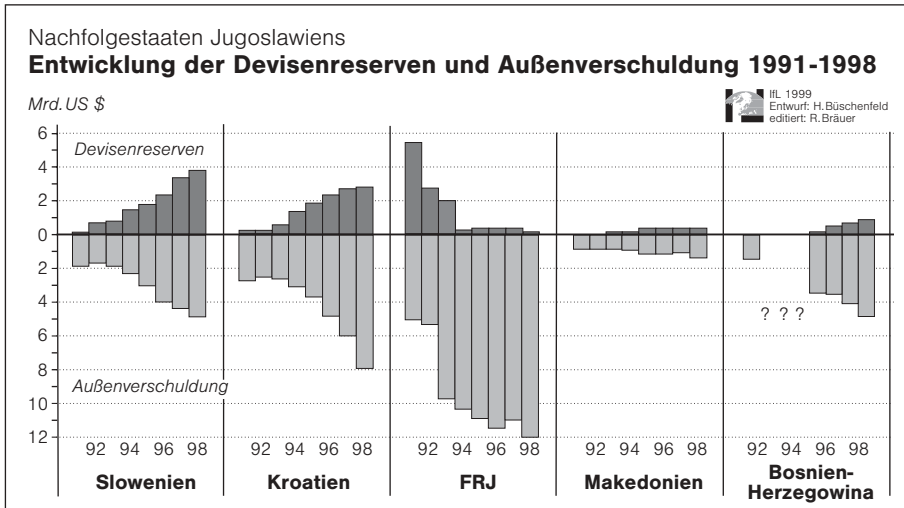


Abb. 8: Entwicklung der Devisenreserven und Außenverschuldung 1991 bis 1998 (in Mrd. USD)

Quellen: Banka Slovenije 2/1997, S. 46f.; Investmentbank Austria 1996, S. 22; Deutsche Bank Research 3/1999, S. 14, 28; Fokus 3/1997, S. 21; bfai: Slowenien 5/1999, S. 3; Kroatien 5/1996, S. 3; Mazedonien 5/1999, S. 3; Bosnien-Herzegowina 7/1997, S. 7; National Bank of Croatia 2/1997, S. 57, 60; Državni zavod ... 1/1997, S. 69; Osteuropa-Institut 1999, S. 122; FAZ-Informationen: Slowenien/Kroatien 3/1998, S. 28f; 2/1999, S. 48; vwd 10.11.199, 15.6.1996; EBRD 4/1996, S. 32; 10/1997, S. 235; GRUBER 1998, S. 43

langwieriger Entscheidungsfindung unerlässliche Neuregelungen deutlich stockender vorstatten.

Vordringlich ist die konsequente Fortsetzung der erst ansatzweise verwirklichten Neuordnung des unterentwickelten Bankensystems. Auf eine Vielzahl (28) kleinerer Geldinstitute aufgesplittert, ist es international nicht wettbewerbsfähig und muß bislang durch Kapitalverkehrskontrollen vor der ausländischen Konkurrenz abgeschirmt werden. In seiner derzeitigen Verfassung kann es mangels Liquidität nicht nur kaum den Anforderungen der Wirtschaft gerecht werden, sondern ist auch unzulänglich auf die angestrebte EU-Mitgliedschaft vorbereitet.

Überhaupt vollzieht sich die erforderliche Harmonisierung mit dem EU-Rechtskodex äußerst schleppend, so dass eine weitere Liberalisierung, u. a. eine Lockerung der Vorschriften für Auslandsinvestitionen, seitens der Brüsseler Kommission bereits angemahnt worden ist. Unter den fünf Staaten der ersten EU-Beitrittsgruppe bildet Slowenien in Hinsicht auf die Rechtsanpassung zwischenzeitlich das Schlußlicht. Seine Zurückhaltung beruht offenbar vor allem darauf, dass man anstelle rascher Liberalisierung in erster Linie auf wirtschaftliche Stabilität bedacht ist.

Anlaß zur Sorge bereitet die hohe Arbeitslosenquote, die seit Jahren um 14,5 % oszilliert (Abb. 9). Trotz des

anhaltenden Wirtschaftswachstums ist auf dem Arbeitsmarkt keine Entspannung absehbar. Nur z. T. ist dieser Tatbestand dadurch erklärbar, dass die immer noch verbreitete verdeckte Erwerbslosigkeit schrittweise in offene Arbeitslosigkeit übergeht und so positive Beschäftigungseffekte nicht sichtbar werden. In der Hauptsache aber bedingen die relativ hohen Löhne, die höchsten aller Transformationsländer, dass Firmen eher zu Entlassungen denn zu Neueinstellungen neigen. Überdies läßt sich absehen, dass bei energischer Inangriffnahme der Restrukturierung und namentlich bei der anstehenden Privatisierung der großen Staatsunternehmen mit der Freisetzung von Arbeitskräften auf breiter Front zu rechnen ist. Demgemäß kann als sicher gelten, dass die Arbeitslosenrate sich noch erhöhen wird.

Politisch heikelste Zukunftsaufgabe dürfte die Umgestaltung des Rentensystems sein. Die Versorgungsleistungen sind, nicht zuletzt auf Grund des frühzeitigen Ruhestandsalters, derart angestiegen, dass sie inzwischen 13,5 % des BIP verschlingen (1998) und damit den Staatshaushalt überfordern. Insofern sind radikale Einschnitte unausweichlich. In der Diskussion ist eine Verlagerung von Teilen der Alterssicherung in den privaten Versorgungsbereich.

Unbeschadet der ausstehenden Bewältigung der aufgeführten Probleme kann Slowenien attestiert werden, dass

es nicht nur unter den Jugoslawien-Nachfolgern, sondern unter sämtlichen postsozialistischen Reformländern die größten ökonomischen Fortschritte erzielt und sich unterdessen ein solides wirtschaftliches Fundament geschaffen hat. Sein Leistungspegel entspricht inzwischen dem ärmerer EU-Länder wie Griechenland oder Portugal. Unter allen Transformationsstaaten erfreut sich seine Bevölkerung des weitaus höchsten Lebensstandards.

Kroatien

Das direkte Einbezogensein in das Kriegsgeschehen hat das ökonomische Leistungsvermögen Kroatiens drastisch vermindert. 37 % seines Wirtschaftspotentials sind vernichtet oder stark beschädigt worden. Besonders schwer wiegen die Zerstörung eines Viertels der industriellen Kapazität, der radikale Einbruch beim Tourismus, dem wichtigsten Devisenbringer, sowie der „Ausfall“ Ostslawoniens, wo zuvor etwa 35 % der Agrarproduktion erzeugt wurden (CRKVENČIĆ/MALIĆ 1995, S. 96). Letzteres war zwar nur temporär serbisch besetzt, umfangreiche Verheerungen und verbreitete Minenverseuchung jedoch schließen gleichwohl weithin eine landwirtschaftliche Nutzung langdauernd aus (vgl. BÜSCHENFELD 1998, S. 170ff.). Überdies hat der den Kampfhandlungen folgende Schwebezustand zwischen Krieg und Frieden dem Land weitere immense Belastungen durch Militärausgaben und die Versorgung von zeitweilig 665 000 Flüchtlingen und Vertriebenen auferlegt. Folge der un-/mittelbaren Verwicklung in die kriegerischen Auseinandersetzungen ist eine einschneidende Rückentwicklung der kroatischen Wirtschaftskraft: Zwischen 1990 und 1993 weist das Wachstum Jahr für Jahr negative Werte aus (Abb. 3), das BIP hat sich mehr als halbiert (vgl. Abb. 2), die industrielle Produktion ist um 43 % zurückgefallen (Tab. 1)

Mikroökonomische Stagnation trotz makroökonomischer Stabilisierung

Nachdem kriegsbedingte Zwänge zunächst eine wirkungsvolle Überwindung der ökonomischen Abwärtsbewegung verhindert haben, leitet erst ein rigides, überraschend erfolgreiches Stabilitätsprogramm (10/1993) eine Trendumkehr ein. Mittels einer ä-

berst restriktiven Geld-, Fiskal- und Einkommenspolitik wird u.a. die bereits an die Grenze der Hyperinflation empor geschnellte Preissteigerungsrate (9/1993=1833 %) auf einen einstelligen Wert zurückgeführt (1998=5,7 %). Damit kann Kroatien – nach Makedonien – inzwischen die niedrigste Inflationsrate aller postsozialistischen Transformationsländer vorweisen.

Kehrseite der strikt durchgehaltenen Liquiditätsverknappung ist die auf das Wirtschaftswachstum ausgeübte Bremswirkung. Zwar konnte eine weitere Talfahrt gestoppt, jedoch keine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung eingeleitet werden. Das Pro-Kopf-BIP unterschreitet das Vorkriegsniveau immer noch um 12 % (1998; vgl. Abb. 2).

Der vormals tonangebende Wirtschaftszweig, die Industrie, hat erheblich an Bedeutung eingebüßt. Ihr Ausstoß beschränkt sich auf knapp zwei Drittel seines ehemaligen Standes. Gegenüber den einstigen Parade Pferden, dem Maschinen- und Schiffbau, sind Niedriglohnsparthen, die Nahrungsmittelherstellung sowie die mit passiver Lohnveredlung befaßte Textil- und Lederwarenbranche, in den Vordergrund gerückt. In jüngerer Zeit verlieren allerdings auch die letztgenannten angesichts des allmählich anziehenden Vergütungsniveaus an Boden. Den geschwächten Zustand des Produktionssektors bezeugt seine eminent gesunkene Teilhabe an der Entstehung des BIP (Abb. 4).

Auch das erhoffte kräftige Wiederaufleben des Fremdenverkehrs, der bedeutsamsten Quelle harter Valuta, läßt auf sich warten. Die Touristenzahl steigt nur verhalten. Die Übernachtungen erreichen noch nicht einmal zur Hälfte den Stand der endachtziger Jahre (1998). Ursache sind keineswegs Zerstörungen touristischer Objekte, sie halten sich in engen Grenzen, sondern vielmehr ein verzerrtes Preis-/Leistungs-Verhältnis und vor allem die Sanierungs- und Modernisierungsbedürftigkeit der Hotels, die zu Kriegszeiten großenteils in Flüchtlingsunterkünfte umfunktioniert worden waren (Foto 2). Der Aufwand zur Gewährleistung eines zeitentsprechenden Standards wird auf etwa 1 Mrd. USD veranschlagt (Ost-West-Contact 5/1999, S. 63).



Foto 2: Die Wiederbelebung des Tourismus, des bedeutsamsten Devisenbringers Kroatiens, vollzieht sich nur zögernd. Ursache ist insbesondere die Renovierungsbedürftigkeit vieler Hotelanlagen, in denen zeitweilig Flüchtlinge und Vertriebene untergebracht waren (Cavtat sö Dubrovnik).

Foto: BUSCHENFELD

Das Retardieren der Wirtschaftsentwicklung spiegelt die Arbeitsmarktsituation wider: Zwischen 1990 und 1999 hat sich die Erwerbslosenquote von 11,4 % auf registrierte 19,2 % erhöht. De facto dürfte sie deutlich darüber liegen, wobei die Tendenz weiterhin steigend ist. Mit dazu beigetragen hat die Rückkehr von rd. 380 000 Armeeangehörigen ins Zivilleben.

Allerdings muß darauf hingewiesen werden, dass ein beträchtlicher Teil der Erwerbsfähigen in die Schattenwirtschaft involviert ist. Das Ausmaß derartiger Betätigungen lassen Schätzungen erahnen, die dem informellen Sektor ein Ertragsniveau zuschreiben, das nicht weniger als etwa ein Viertel des regulären BIP ausmacht (Deutsche Bank Research 3/1999, S. 30; vwd v. 30.3.1999).

Staatskapitalistische Tendenzen

Zurückzuführen ist die ausstehende Revitalisierung der Industrie und partiell auch des Tourismussektors auf eine halbherzige Reformpolitik. Diese äußert sich vor allem in diskontinuierlichen Privatisierungsanläufen. Von insgesamt 2 553 zur Besitzumwandlung anstehenden gesellschaftlichen Unternehmen sind bis jetzt lediglich Klein- und Mittelbetriebe in Privateigentum überführt worden. Die in zwei Wellen vollzogene Massenprivatisierung mittels Vouchers – die zweite

beschränkte sich ausschließlich auf Kriegsinvaliden, Hinterbliebene, Flüchtlinge und Vertriebene – mündete überwiegend in ein Employee-Buy-Out ein, da die meisten Kleinaktionäre ihre Anteile an Belegschaftsmitglieder, in der Regel an Manager, verschleuderten. Infolge der früher erwähnten negativen Auswirkungen derartiger Insider-Privatisierungen sind unterdessen nicht wenige Firmenzusammenbrüche zu verzeichnen. Bei den eine beherrschende Stellung einnehmenden, oft hochverschuldeten Großbetrieben steht das Eigentumsrevirement noch aus. Nach jahrelangem Hinauszögern sollte damit 1999 begonnen werden.

Hinter der Verschleppung steht das sichtliche Bestreben des Staates, weiterhin maßgebenden Einfluß auf die Wirtschaft auszuüben. So halten denn staatlich kontrollierte Fonds mehr oder minder große Aktiensegmente privatisierter Firmen, und es steht zu erwarten, dass bei der bevorstehenden Eigentums transformation vor allem strategisch wichtiger Mammutunternehmen Mehrheitsbeteiligungen in öffentlicher Hand verbleiben. Derzeit (1998) arbeitet nur ca. die Hälfte der Beschäftigten in vollständig privaten Betrieben, rd. ein Fünftel in Betrieben mit begrenztem Staatsanteil und fast ein Drittel in solchen staatlicher Majorität (FAZ-Informationsdienste 2/1999, S. 23).

Angesichts mehr oder minder beherrschender staatlicher Einflußnahme und weitreichender Zementierung hergebrachter Führungsstrukturen zeigt sich wenig Bereitschaft zu strukturellen Reformen. Obwohl auf Grund mangelnder Produktivität vieler Unternehmen deren Insolvenz teilweise dramatische Ausmaße anzunehmen beginnt, ist eine durchgreifende Restrukturierung in aller Regel zu vermissen.

Das kriegsbedingt längerfristige Unterbleiben nennenswerter Investitionen hat zudem dazu geführt, dass das Inventar vieler Produktionsstätten technologisch überaltert und dringend sanierungsbedürftig ist. Aus diesem Grunde ist die kroatische Wirtschaft unabdingbar auf externe Kapitalspritzen angewiesen. Ausländische Direktinvestitionen indessen sind bislang nur in vergleichsweise bescheidenem Umfang geflossen. Das realisierte Volumen erreicht kumuliert wenig mehr als 2 Mrd. USD. Die abwartende Haltung landesfremder Geldgeber erklärt sich aus dem nicht gerade optimalen Investitionsklima: der seit der spektakulären Aufwertung 1993 überbewerteten Landeswährung, der Kuna (HRK), dem ineffektiven Bankenapparat, einer wenig kooperativen Einstellung der Behörden, insbesondere erheblichen Widerständen gegen ausländisches Engagement auf der mittleren Administrationsebene u.a.m. So stößt denn auch ausländisches Interesse an vorhandenen touristischen Objekten der Adriaküste kaum auf Gegenliebe.

Die Möglichkeiten der Kreditaufnahme auf dem internationalen Kapitalmarkt sind ziemlich begrenzt. Zwar ist Kroatien der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) beigetreten und mit einer Kreditlinie ausgestattet worden (1993), wegen Demokratie-Defiziten und teilweise ausstehender Umsetzung der Vereinbarungen von Dayton bleibt das Land jedoch weiterhin nicht nur von der Teilnahme am PHARE-Programm (= Finanzhilfen zur Entwicklung des privaten Sektors, der Umstrukturierung von Unternehmen u. a.) ausgeschlossen, auch Verhandlungen über die Assoziierung an die EU sind seit 1995 suspendiert und bis dato noch nicht wieder aufgenommen worden.

Die Finanzklemme des Landes dürfte auch der eigentliche Grund für die

eher widerwillige Inangriffnahme der Privatisierung der 70 kroatischen Großunternehmen sein. Allerdings scheint höchst fraglich, ob, von ganz wenigen profitablen Betrieben abgesehen, die Befindlichkeit vieler Firmen namentlich der Metallurgie, des Schiffbaus und z. T. der chemischen Industrie geeignet ist, eine nennenswerte Kapitalmobilisierung zu bewirken.

Alarmierende Handelsbilanz

Die Außenhandelssituation kennzeichnet ein markantes, weiterhin fortschreitendes Auseinanderklaffen der Aus- und Einfuhren. Während die Exporte mehr oder weniger stagnieren (*Abb. 5*), sind die Importe förmlich explodiert (*Abb. 6*). Diese Disproportion führt zu einer kaum mehr tolerablen Deckungsrate (1998=54 %). Konnte das traditionell gegebene Handelsbilanzdefizit früher in aller Regel durch Tourismuseinnahmen und Gastarbeitertransfers neutralisiert werden, so sind diese Kompensationsfaktoren weitgehend ausgefallen. Denn zum einen haben sich, wie erwähnt, die optimistischen Erwartungen im Hinblick auf eine Wiederbelebung des Fremdenverkehrs nur marginal erfüllt, zum anderen läßt fehlendes Vertrauen in die heimische Währung im Ausland arbeitende Kroaten zunehmend von einer Repatriierung ihrer Ersparnisse absehen.

Hervorgerufen durch den beunruhigenden Handelsbilanzsaldo ist die Leistungsbilanz seit 1995 deutlich in den Negativbereich abgerutscht (vgl. *Abb. 7*). Die jahrelangen Fehlbeträge haben einen fortgesetzten Anstieg der Außenverschuldung nach sich gezogen. Obschon diese mit mittlerweile 8 Mrd. USD kaum mehr tragbare 37 % des BIP erreicht, ist keine Trendumkehr auszumachen. Diesem gewaltigen Schuldenberg stehen verfügbare Devisenreserven von noch nicht einmal 3 Mrd. USD gegenüber (*Abb. 8*).

Kardinalprobleme

Größte Herausforderung ist zweifellos der Abbau des enorm angestiegenen Leistungsbilanzdefizits. Zwar kann 1998 eine leichte Entspannung verzeichnet werden, diese beruht jedoch hauptsächlich auf dem wahrscheinlich einmaligen Effekt der Einführung der Mehrwertsteuer (22 %), durch die die

überbordende Binnennachfrage etwas gedämpft worden ist. Auf längere Sicht kann nur eine nachdrückliche Stärkung der Exportkräfte durch Abwertung der Kuna einerseits, eine auf breiter Front verbesserte zwischenstaatliche Wettbewerbsfähigkeit der Industrie andererseits erfolversprechend sein.

Vor dem Hintergrund des eingeschränkten Zugangs zu internationalen Finanzmärkten und des geringen Leistungsvermögens des noch stark in jugosozialistischen Strukturen verhafteten Bankenapparats ist zur Bereitstellung des zur Ankurbelung der Wirtschaft unabdingbaren Kapitals vornehmlich der Staatshaushalt gefragt. Doch dessen Manövriermasse ist infolge extrem großzügiger Sozialausgaben, u.a. durch neu eingeführte Rentenzahlungen für Kriegsteilnehmer, Invaliden und Hinterbliebene von Kriegsoffizieren, denkbar gering. Zwischenzeitlich verschlingen sozialstaatliche Leistungen bereits 26,4 % des Etats, ein Anteil, der in anderen Transformationsländern im Schnitt lediglich etwa 15 % ausmacht. Vor allem auf Grund ausbleibender Finanzinjektionen läßt trotz relativ guter makroökonomischer Fundamentaldaten eine durchgreifende mikroökonomische Neubelebung auf sich warten. Manches deutet ganz im Gegenteil auf eine Abschwächung der Auftriebskräfte und auf Stagnationserscheinungen hin.

Dieses Szenario führt vor Augen, dass Kroatien von der Lösung seiner wirtschaftlichen Probleme noch meilenweit entfernt ist. Ambivalenter Reformwille und staatskapitalistische Tendenzen sind vor allem dafür verantwortlich, dass das junge Staatswesen gegenüber anderen postsozialistischen Transformationsländern merklich zurückgeblieben ist.

Föderative Republik Jugoslawien (FRJ)

Obwohl das Territorium der FRJ bis zur Zuspitzung des Kosovo-Konflikts von Kriegseinwirkungen nicht direkt betroffen war, befand sich ihre ohnehin wenig tragfähige Wirtschaft bereits in einem lang anhaltenden Niedergang. Die Rückwirkungen der Verwicklung des Landes in die militärischen Auseinandersetzungen im Gefolge des Zerfalls Ex-Jugoslawiens, Rüstungslasten, die Aufnahme von



Foto 3: Technologisch überalterte, anhaltend verlustbringende Industriegiganten in Staatshand, z. B. das Eisenhüttenwerk Smederevo, bestimmen den Produktionssektor der FRJ. Ihre Privatisierung unterbleibt vor allem aus ideologischen Gründen.

Foto: Jugoslovenska revija

700 000 bis 750 000 Flüchtlingen, internationale Sanktionen, fortwährender Ressourcentransfer in die bosnische Republika Srpska, haben sie derart ausgezehrt, dass sie sich in einer desolaten Verfassung befand.

Vergebliche Stabilisierungsversuche

Den durch die genannten Belastungen hervorgerufenen finanziellen Anforderungen versuchte die FRJ durch eine expansive Fiskalpolitik zu begegnen, die einen galoppierenden Preisverfall heraufbeschwor und eine immer schneller sich drehende Preis-Lohn-Spirale in Gang setzte. Die fortgesetzt forcierte Finanzierung der Staatsausgaben durch primäre Geldschöpfung kulminierte schließlich in einer 15stelligen Inflationsrate (1/1994). Ein erstmals aussichtsreicher Stabilisierungsversuch in Form einer Schocktherapie, verbunden mit der Einführung einer neuen Währungseinheit, des Neuen Dinar (N.Din), im Volksmund „Superdinar“, vermochte lediglich eine vorübergehende Abschwächung des Preisauftriebs zu bewirken. Seitdem hat ein mehrfacher Wechsel zwischen äußerst restriktiven und gelockerten monetären Strategien zu erheblichen Schwankungen der Teuerungsrate innerhalb des zweistelligen Bereichs geführt (1996=95 %, 1997=18,5 %, 1998=45 %). Eine zur Stützung der Währung nach langem Zögern 1998 erfolgte drastische Abwertung des

Neuen Dinar unter Angleichung an den Schwarzmarktkurs (anstelle 3,5 N.Din nunmehr 6 N.Din/1 DM), mehr noch die verstärkte Rotation der Notenpresse zur Beschaffung von Mitteln für monatelang verschleppte Lohn- und Rentenzahlungen sowie für militärische Belange im Kontext der Kosovo-Operationen haben die Inflationsdynamik erneut nachdrücklich stimuliert und den Verfall der labilen Währung rasant beschleunigt: Unterdessen (Herbst 1999) beläuft sich die Relation N.Din:DM bereits auf 19:1, und weitere Inflationsschübe sind mit Sicherheit zu erwarten.

Reformunwillige Haltung

Grundlegende Ursache der tristen Verfassung der jugoslawischen Wirtschaft ist die tradierte ideologische Grundeinstellung der politischen Führungsschicht und der aufs Engste mit ihr verflochtenen wirtschaftlichen Elite. Systemveränderungen laufen deren Interessen eindeutig zuwider. Insofern sind jegliche strukturellen Reformen ausgeblieben.

In erster Linie ist davon der Produktionsbereich, das Rückgrat der jugoslawischen Wirtschaft, betroffen, dessen Herzstück ineffizient arbeitende Mammutbetriebe in gesellschaftlichem bzw. staatlichem Besitz bilden. Deren Überleben kann nur durch permanente Subventionierung seitens der öffentlichen Hand gewährleistet wer-

den (Foto 3). Die rd. 900 Großunternehmen machen zwar nur wenig mehr als 1 % aller Firmen aus, gleichwohl beschäftigen sie 52 % sämtlicher Arbeitskräfte und sind für 82 % aller Verluste verantwortlich. Der untereinander allgemein übliche Zahlungsverzug hat zu einer inneren Verschuldung geführt, die zwischenzeitlich das Anderthalbfache des Sozialprodukts erreicht (FAZ v. 22.2.1999), ein Faktum, das maßgeblich zur Destabilisierung der Wirtschaft beiträgt.

Trotz der Unrentabilität der Großbetriebe sind Privatisierungsinitiativen, die ihren Namen verdienen, ausgeblieben. Zwar ist unterdessen ein Privatisierungsgesetz verabschiedet worden (1997), dessen Umsetzung bislang jedoch noch nicht in Angriff genommen worden ist. Es deutet alles darauf hin, dass der Gesetzgebungsakt nicht aus Überzeugung von der Notwendigkeit struktureller Neugestaltung vollzogen wurde, sondern ausschließlich durch die Erschließung von Kapitalquellen motiviert ist (Osteuropa-Institut 1999, S. 112). Im privaten Sektor sind immer noch lediglich 15 % der Beschäftigten tätig.

Kapitalschwäche

Selbst bei vorhandenem Willen der sozialistischen Oligarchie würde die Sanierung der maroden Produktionsstätten, deren veralteter Maschinenpark in Ermanglung langfristig unterbliebener Erhaltungsmaßnahmen im Regelfall verschlissen ist, Investitionen horrenden Ausmaßes erfordern, die das verarmte Land aus eigener Kraft nicht aufzubringen in der Lage ist. Seine Außenverschuldung, nach offiziellen Angaben 9 Mrd. USD, wird bereits auf 12 Mrd. USD = 90 % des Sozialprodukts (Deutsche Bank Research 3/1999, S. 28), nach anderen Aussagen sogar auf 22 Mrd. USD beziffert (UVALIĆ 1997, S. 59), denen als Devisenreserven spärliche 120 Mio. USD gegenüberstehen (Abb. 8).

Demgemäß ist die FRJ völlig auf internationale Kapitalmärkte angewiesen. Diese aber waren nicht nur während des zu Zeiten des Bosnien-Krieges verhängten Embargos verschlossen, auch nach dessen Suspendierung wurde, veranlaßt durch die reaktionäre Einstellung des Regimes und ausgebliebene Erfüllung von Schuldendienstverpflichtungen, der sog. „Ou-

ter Wall of Sanctions“, d. h. die Ausgrenzung von jeglicher Kapitalzufuhr, aufrecht erhalten. Infolgedessen ist die FRJ auch nicht Mitglied der Weltbank und des IWF, sind serbische Auslandsguthaben nach wie vor eingefroren und trotz eines Umschuldungsabkommens mit dem sog. „Londoner Club“, den kommerziellen Gläubigerbanken (7/1998), kaum ausländische Direktinvestitionen zu verzeichnen. Zudem hat die EU im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt ein striktes Investitionsverbot ausgesprochen. Die vollständige Austrocknung internationaler Finanzquellen sorgt dafür, dass sich die ökonomische Auszehrung ungebremst fortsetzt.

Kriegs- und Schattenwirtschaft

Die Wirtschaftsdaten sprechen eine deutliche Sprache: Bereits vor Ausbruch des Kosovo-Konflikts hat sich das Sozialprodukt gegenüber seinem Stand vor der Sezession des sozialistischen Jugoslawien um 43 % verringert. Mit 1 421 USD pro Kopf der Bevölkerung (1998) bewegt es sich zwischenzeitlich auf dem Niveau von Ländern der Dritten Welt (*Abb. 2*). Das Wirtschaftswachstum erreicht trotz äußerst niedriger Ausgangsbasis nur bescheidene 2,6 % (1998; *Abb. 3*). Die industrielle Erzeugung hat sich halbiert (vgl. *Tab. 1*). Ihr Anteil an der Erwirtschaftung des Sozialprodukts ist deutlich zugunsten der Landwirtschaft geschrumpft (*Abb. 4*).

Auch auf außenwirtschaftlichem Feld sind die euphorischen Erwartungen, die an die seinerzeitige Aufhebung des Embargos geknüpft worden waren, bitter enttäuscht worden. Die Ausfuhren konnten nur geringfügig zulegen, sie erreichen nur mehr die Hälfte ihres ehemaligen Umfangs. Die Exportpalette erstreckt sich auf Grund der industriellen Leistungsschwäche vorrangig auf unverarbeitete oder allenfalls aufbereitete Güter, namentlich Agrarprodukte und Buntmetallkonzentrate. Auf der Einfuhrseite hat die Beendigung der embargobedingten Abschnürung demgegenüber einen Nachfragesog primär nach Ersatzteilen und Vorprodukten ausgelöst. Des Weiteren ist die FRJ in erheblichem Umfang von Erdöl- und -derivatzufuhren abhängig, da nur ein Fünftel des Bedarfs durch Eigenförderung gedeckt werden kann. Grenzen sind

den Importwünschen freilich durch die nahezu erschöpften Devisenreserven gezogen. Da die Auslandsverschuldung mittlerweile astronomische Höhen erreicht, erfolgen Lieferungen mangels Kreditwürdigkeit überwiegend nur noch gegen Vorkasse, sofern sie nicht ohnehin als Barter (= Tausch-)geschäfte abgewickelt werden. Zudem hat die EU nach der Sistierung der Embargomaßnahmen zunächst gewährte Handelspräferenzen nach knapp zehnmonatiger Geltungsdauer als Reaktion auf den serbischen Repressionskurs im Kosovo annulliert. Die Schere zwischen den nur mäßig erhöhten Ausfuhren und den sprunghaft angestiegenen Einfuhren beschwört ein zwar seit jeher negatives, nun aber schrankenlos vergrößertes Handelsbilanzdefizit herauf (*Abb. 7*), das maßgeblich zur Rekordhöhe der Auslandsverbindlichkeiten beiträgt.

Die fragile ökonomische Befindlichkeit schlägt sich in einer bedrückenden Arbeitsmarktsituation nieder. Die Erwerbslosenrate wird offiziell zwar „nur“ mit 26,8 % (1998) angegeben, diese Quote berücksichtigt jedoch nicht ca. 700 000 nur pro forma in einem Beschäftigungsverhältnis stehende Zwangsurlauber, die, wenn überhaupt, mit minimalen Bezügen abgespeist werden. De facto sind fast die Hälfte aller erwerbsfähigen Serben zur Untätigkeit verurteilt bzw. allenfalls episodisch mit Gelegenheitsjobs befaßt. Die noch in einem echten Arbeitsverhältnis Stehenden beziehen einen Monatslohn von umgerechnet durchschnittlich gerade einmal 180 DM, der nicht selten erst mit erheblicher Verspätung ausbezahlt wird. Rd. 3 Mio. Jugoslawen, etwa ein Drittel der Bevölkerung, leben bereits unter der Armutsgrenze (RIEDEL/KALMAN 1999, S. 274). Ein weiterer Teil kann sich nur durch Überweisungen der zahlreichen Gastarbeiter bzw. angesichts zu vermissender beruflicher Perspektiven emigrierter Familienmitglieder oder aber durch Naturalzuwendungen auf dem Lande ansässiger Verwandter notdürftig über Wasser halten.

Dass die FRJ trotz des niederschmetternden ökonomischen Gesamtzustandes nicht völlig kollabiert ist, ist der Schattenwirtschaft zuzuschreiben, in die Schätzungen zufolge etwa 1 Mio. Menschen einbezogen sind. Konnte dank des florierenden

informellen Sektors zu Zeiten der internationalen Sanktionen eine totale Erschöpfung vermieden werden, so hat unbeschadet deren Suspendierung das Ausmaß kryptoökonomischer Aktivitäten kaum abgenommen. Es wird vermutet, dass durch parallelwirtschaftliche Initiativen nicht weniger als 40-50 % des registrierten Sozialprodukts erzielt werden (FAZ-Informationsdienste 1998, S. 46; Die Welt v. 27.3.1999). In der Tat ist das Wirtschaftsleben der FRJ mithin in kaum vorstellbarem Umfang durch ökonomische Untergrundprozesse geprägt.

Die durch die Vertreibung von ca. 950 000 Kosovaren heraufbeschworbenen NATO-Luftangriffe haben praktisch den Ruin der bereits vorher in einer äußerst kritischen Lage befindlichen serbischen Wirtschaft herbeigeführt. Neben weitreichender Zerstörung der Infrastruktur, so von insgesamt 45 Brücken, darunter fast aller Donauübergänge, sind u. a. die Erdölraffinerien des Landes sowie rd. 200 Kraftwerke und Fabriken völlig vernichtet oder schwer beschädigt worden (RIEDEL/KALMAN 1999, S. 286; Der Spiegel v. 21.6.1999). Seriöse Äußerungen beziffern den Schadensumfang auf 30-45 Mrd. USD. Die aus den Luftschlägen erwachsene Einbuße wird auf ein Viertel des unmittelbar vor Beginn der NATO-Intervention noch vorhandenen Wirtschaftspotentials eingeschätzt (a. a. O., S. 288ff.). Es erscheint unvorstellbar, dass ohne massive internationale Hilfe ein totaler Zusammenbruch des serbischen Wirtschaftslebens aufgefangen werden kann.

Sonderfall Montenegro

Während in der serbischen Teilrepublik ein Transformationsprozess ausgeblieben ist, herrscht in der kleinen Teilrepublik Montenegro (Bevölkerungsanteil 6 %, Flächenanteil 13,5 %, BIP-Anteil 5 %) ein wesentlich reformfreundlicheres Klima. Sie sieht ihr Eingebundensein in den vom herrschenden FRJ-Regime verfolgten doktrinären Kurs als Bremsklotz ökonomischer Erholung an und ist um mehr politische und wirtschaftliche Autonomie bemüht.

Auf Grund des gegebenen Abhängigkeitsverhältnisses von Belgrad wie der Verflechtungen mit der serbischen Wirtschaft stellt sich die ökonomische Situation ähnlich hinfällig dar: Wirt-

schaftswachstum und Industrieproduktion unterschreiten sogar noch die ohnehin niedrigen serbischen Werte, die Arbeitslosenquote wird bei steigender Tendenz auf über 40 % taxiert (FAZ v. 15.11.1999). Zudem hatte die Zwergrepublik trotz Distanzierung von der serbischen Kosovo-Politik ebenfalls unter NATO-Luftangriffen zu leiden. So kann beispielsweise das Stahlwerk Nikšić, einer der beiden montenegrinischen Großbetriebe, wegen zerstörter Eisenbahnanbindung nicht mehr produzieren. Auch der insbesondere für den Erdölumschlag bedeutsame Industriehafen Bar ist nach wie vor versperrt, wodurch dem montenegrinischen Fiskus ein Großteil seiner Einnahmen entgeht. Weitere kaum entbehrliche Einkünfte entfallen auf Grund der Unterbindung des Adriatourismus, da die serbische Armee die Außengrenzen des Teilstaats blockiert bzw. ihn durch administrative Hürden hintertreibt. Zusätzliche Lasten sind durch zeitweilige Aufnahme von rd. 65 000 geflüchteten Kosovo-Albanern sowie immer noch 30 000 Bosnien-Flüchtlingen erwachsen. Obwohl Montenegro ausdrücklich von den gegen die FRJ verhängten EU-Sanktionen (5/1998) ausgenommen worden war, muß es dennoch einen Gutteil der Serbien zugeachteten Konsequenzen mittragen.

Trotz aller Belastungsfaktoren verfolgt die Zwergrepublik entschieden den eingeschlagenen reformgerichteten Weg. Weit fortgeschritten ist dank recht pragmatischer Vorgehensweise die Privatisierung gesellschaftlicher Unternehmen. Seit Inkrafttreten des einschlägigen Gesetzes (10/1997) konnte unterdessen ein Viertel der 310 zur Eigentumsumwandlung anstehenden Betriebe in Privatbesitz überführt werden. Ausländischen Investoren steht es durchaus frei, Mehrheitsbeteiligungen zu erwerben, doch deren Interesse ist angesichts des Risikos in der krisengeschüttelten Region vorerst sehr gering.

Die eingeleitete Öffnung zum Westen hat dafür gesorgt, dass sich die Lebensverhältnisse von denen Serbiens positiv abheben. Die Versorgungslage ist besser, der – im allgemeinen pünktlich ausbezahlte – Durchschnittslohn ist höher (1998= 17 %), die Inflationsrate geringer.

Das Streben Montenegros nach erweiterter Selbständigkeit hält unver-

mindert an. Da unterdessen Föderationsgesetze keine Gültigkeit mehr besitzen, sämtliche Bundesinstitutionen boykottiert sowie Steuern und Zölle nicht mehr an den Föderationshaushalt abgeführt werden, werden beide Teilrepubliken eigentlich nur noch durch die Armee und die gemeinsame Währung zusammengehalten. Allerdings hat Montenegro bereits angekündigt, dass es im Falle eines erneuten Inflationsschubs des Neuen Dinar seinerseits eine eigene konvertible Währung einzuführen beabsichtigt.

Makedonien

Makedonien, rückständigstes Mitglied des ehemaligen Jugoslawien, sah sich bereits kurz nach seiner staatlichen Verselbständigung einer nahezu vollständigen außenwirtschaftlichen Isolierung überantwortet. Das von der internationalen Staatengemeinschaft gegen die FRJ verhängte Embargo einerseits, eine wegen Streitigkeiten um nationale Symbole und die Staatsbezeichnung „Makedonien“ von Griechenland aufgezwungene Grenzsperrre andererseits haben die unentbehrliche N-S-Verkehrsachse des Landes beidseitig abgeriegelt. Damit war nicht nur der Absatz in Rest-Jugoslawien, dem Haupthandelspartner, und der Transit nach Zentraleuropa lahmgelegt, sondern auch die Benutzung des Hafens Thessaloniki, des makedonischen „Tors zur Welt“, unterbunden. Berücksichtigt man die agrardominierte, in nur bescheidenem Maße durch eine – auf untere Veredelungsstufen beschränkte – industrielle Ausstattung ergänzte Wirtschaft, so wird offenbar, dass funktionierende Außenbeziehungen für Makedonien überlebenswichtig sind.

Wirkte sich bereits das Auseinanderfallen des jugosozialistischen Wirtschaftsverbands auf die wenig robuste makedonische Wirtschaft belastend aus, so wurde sie durch die jahrelange Blockierung ihrer Lebensadern mehr und mehr stranguliert. Seit der Erlangung staatlicher Souveränität (1991) bis zur Beendigung der Abriegelung (1995) ist ein fortgesetztes Absinken der Wirtschaftsleistung zu verzeichnen (Abb. 3).

Die Industrieproduktion sank um fast die Hälfte (-47,8 %; vgl. Tab. 1), das BIP schrumpfte um ein Drittel, die Beschäftigtenzahl verminderte sich um

rd. ein Viertel. Allein die durch das Embargo verursachten Schäden werden auf 5 Mrd. USD beziffert (vgl. GRUBER 1998, S. 441), ein Aderlass, der das BIP dreier Jahre übersteigt. Dass es nicht zum totalen Zusammenbruch des Wirtschaftslebens gekommen ist, ist einer florierenden Schmuggeltätigkeit und einer weit verbreiteten Schattenwirtschaft zuzuschreiben, deren Umfang auf etwa ein Viertel des offiziellen BIP geschätzt wird (a. a. O., S. 440).

Überzeugende Stabilisierung

Die durch die angeführten externen Einwirkungen herbeigeführte rezessive Entwicklung hat die von der makedonischen Elite gewollten marktwirtschaftlichen Reformen geraume Zeit verhindert bzw. anfängliche Anläufe scheitern lassen.

Erst ein unter Anleitung der Weltbank und des IWF konzipiertes Stabilitätsprogramm (1994), gekennzeichnet durch eine straffe Geldpolitik, rigorose Haushaltsdisziplin und Lohnkontrollen, leitete eine Wende ein. Zum Gelingen entscheidend beigetragen hat zweifellos die Flankierung der Austeritätsmaßnahmen durch Kredite der internationalen Finanzinstitutionen. Konsequentes Durchhalten des vorgezeichneten Weges hat eine tragfähige makroökonomische Plattform geschaffen: Die bereits 1992 eingeführte, ein Jahr später an die DM gebundene eigene Währung, der Denar (MKD), ist stabil, sein Wechselkurs unterliegt kaum noch Schwankungen. Die Staatsfinanzen sind geordnet, der Haushaltssaldo ist ausgeglichen oder nur schwach defizitär. Es herrscht Preisstabilität. Die Inflationsrate hat sich nicht nur längst auf einen einstelligen Wert (1998=0,8 %) ermäßigt, zeitweilig war sogar eine deflationäre Entwicklung feststellbar.

Verhaltene Regeneration

Die gelungene Stabilisierung des makroökonomischen Rahmens bildet das Fundament einer Trendumkehr: Ab 1996 setzt eine allmähliche Aufwärtsentwicklung ein. Seitdem ist ein anhaltendes Wirtschaftswachstum feststellbar (Abb. 3). Auftrieb gebend wirkt sich zum einen die ansteigende Industrieproduktion aus (Tab. 1), die allerdings angesichts jahrelanger Abwärtsbewegung ihr früheres Niveau noch längst nicht wieder erreicht hat (1998

gegenüber 1990 = -38 %). Zum anderen sind es Infrastrukturprojekte, die stimulierend wirken. Alle Impulse beruhen freilich ausschließlich auf staatlichen Investitionen, die ihrerseits an Kredite internationaler Finanzorganisationen gebunden sind. Dazu zählt u.a. auch die Einbeziehung Makedoniens in das PHARE-Programm (1996). Ausländische Direktinvestitionen hingegen sind wohl wegen des recht begrenzten Inlandmarktes und des hohen Risikos in der konfliktträchtigen Region fast völlig ausgeblieben. Mit bisher rd. 220 Mio. USD nimmt Makedonien diesbezüglich den letzten Platz in der Reihe der Transformationsländer ein.

Ein weiterer Beweggrund für die Zurückhaltung ausländischer Investoren muß in der Ineffizienz des Bankensystems gesehen werden. Nahezu ausschließlich auf vier praktisch nicht miteinander konkurrierende Geldinstitute konzentriert, in hohem Ausmaß durch uneinbringliche Forderungen belastet, waren die Finanzhäuser lange Zeit nicht in der Lage, an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Erst durch Übernahme der faulen Kredite durch den makedonischen Staat, Dekonzentration des Geschäftsbankenapparats und vor allem Beteiligung westlicher Finanzinstitute konnte in jüngster Zeit eine Sanierung eingeleitet werden. Den Hemmschuh einer wirksamen Unterstützung des ökonomischen Gesundungsprozesses stellt indessen ein immer noch außerordentlich hohes Zinsniveau dar.

Dass sich ein selbsttragender Aufschwung noch nicht einmal ansatzweise abzeichnet, muss primär der Art und Weise der vollzogenen Privatisierung sowie der anhaltenden Exportschwäche angelastet werden.

Zweckwidriger Privatisierungsverlauf

Obwohl das Privatisierungsgesetz bereits aus dem Jahre 1993 stammt, ist seine Umsetzung erst 1995 ernsthaft angegangen, im gewerblichen Bereich dann jedoch relativ zügig abgewickelt worden. Dort konnte unterdessen die Eigentumstransition weitestgehend abgeschlossen werden. Ausstehend sind lediglich einige wenige besonders unproduktiv wirtschaftende Großunternehmen, die bis Mitte 1999 entweder saniert oder liquidiert werden sollten (Osteuropa-Institut 1999, S. 119).

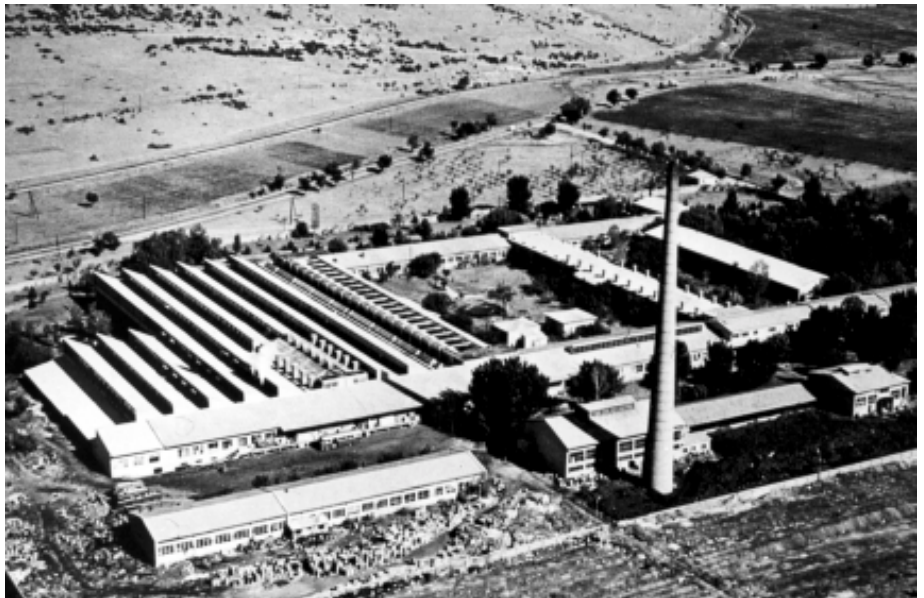


Foto 4: Seidenfabrik in Veles – ein Betrieb dessen Restrukturierung angesichts erfolgter Insider-Privatisierung nur schleppend vorankommt.

Foto: Jugoslovenska revija

Im Interesse des Zustandebringens effektiv arbeitender Unternehmen war bewußt auf eine Massenprivatisierung verzichtet worden und stattdessen die Übereignung an einen dominierenden Mehrheitsgesellschafter vorgesehen. Im Vollzug jedoch ist demgegenüber häufig eine Insider-Privatisierung erfolgt, indem die Firmenanteile vorwiegend von Managergruppierungen des jeweiligen Unternehmens aufgekauft worden sind, wobei nicht selten dubiose Machenschaften im Spiel waren (SLAVESKI 1997, S. 40). Eine ausgeprägte Abwehrhaltung der Insider landesfremden Interessenten gegenüber hat verhindert, dass nennenswerte Ausländerbeteiligungen zustande gekommen sind (vgl. BÜSCHENFELD 1999b, S. 18f.).

Die Insider-Privatisierung hat sich – wie überall – als Missgriff erwiesen, Restrukturierungen vollziehen sich, wenn überhaupt, nur schleppend (Foto 4). Auf Grund dessen sollen nach dem Willen der nach den Parlamentswahlen Ende 1998 neu etablierten Regierung nicht nur Unregelmäßigkeiten bei den bisherigen Eigentumsumwandlungen überprüft, vor allem aber Abänderungen der bis dahin praktizierten Privatisierungsstrategie zugunsten ausländischer Investoren vorgenommen werden.

Im Unterschied zum gewerblichen Bereich hat die Privatisierung landwirtschaftlichen Besitzes erst später begonnen (gesetzliche Regelung 1996). Bis

1998 sind rd. 70 % der infrage kommenden Betriebe an private Erwerber übertragen worden. Noch nicht bewerkstelligt ist die Übereignung meist auf Obst- und Weinbau spezialisierter, großer Agrokombinate, die bereits in der Vergangenheit im allgemeinen recht effizient gearbeitet haben.

Wenn zur Jahreswende 1997/98 auf den privaten Sektor bereits ein BIP-Anteil von rd. 50 %, ein Beschäftigtenanteil von knapp zwei Dritteln sowie ein Umsatzanteil von annähernd 90 % entfällt (GRUBER 1998, S. 455; bfai 5/1999, S. 2), dann sind daran zahlreiche neugegründete Firmen des Dienstleistungsbereichs, vorwiegend Kleinbetriebe, beteiligt. Überdies dürfte das Ergebnis privater Schaffenskraft auf Grund der blühenden, sich weiter ausbreitenden Schattenwirtschaft noch erheblich höher ausfallen. Schätzungen sprechen von etwa 40 % des BIP, die derartigen Initiativen zuzuschreiben sind (GRUBER 1998, S. 451).

Exportschwäche

Im Gegensatz zum binnenwirtschaftlichen Auftrieb gestaltet sich die außenwirtschaftliche Entwicklung äußerst unbefriedigend. Angelpunkt ist der stagnierende Export, dessen Größenordnung sich seit der Annullierung des Embargos gegen die FRJ und der fast zeitgleichen Aufhebung der griechischen Blockademaßnahmen (Ende 1995) kaum verändert hat (Abb. 5). Ursache ist primär der Wegfall des Hauptabnehmers,

nämlich Serbien, für das Makedonien zuvor gleichsam den Frühgemüse- und Obstgarten abgegeben hatte. Dem Absatz auf Alternativmärkten sind zum einen infolge nicht wettbewerbsfähiger Beschaffenheit makedonischer Erzeugnisse enge Grenzen gesetzt, zum anderen unterbinden im Zuge des Kosovo-Konflikts zerstörte Transportwege Transitlieferungen über serbisches Territorium. Eine Umgehung via Bulgarien-Rumänien-Ungarn oder per Freihafen Thessaloniki scheitert an unwirtschaftlichen Frachtkosten. Insofern kann das zwischenzeitlich mit der EU zustande gekommene Handelsabkommen ebensowenig zum Tragen kommen wie die mit sämtlichen anderen Nachfolgestaaten abgeschlossenen Freihandelsverträge. Auch eine im Interesse der Ausfuhrsteigerung vorgenommene Abwertung des Denar (1997) hat nur wenig Wirkung gezeitigt.

Demgegenüber sind die Importe, vor allem Finalprodukte sowie Erdöl und -produkte, im Steigen begriffen (Abb. 6), so dass das Handelsbilanzdefizit sich fortlaufend erhöht (Abb. 7) und nur noch eine Deckungsrate von 68 % (1998) verzeichnet werden kann. Demzufolge steigt die Außenverschuldung weiter an, sie beläuft sich mittlerweile auf das Vierfache des Devisenfunds (Abb. 8).

Schattenseiten

Negative Rückwirkung des kompromisslosen Stabilitätskurses sind außerordentlich hohe soziale Kosten. Gravierendstes Problem ist die zugespitzte Lage auf dem Arbeitsmarkt: Die Beschäftigtenzahl hat sich seit der staatlichen Verselbständigung um rd. ein Drittel vermindert und ist weiterhin im Rückgang begriffen. Überdurchschnittlich ist der Arbeitsplatzabbau in der Industrie. War dort anstelle technologischer Fertigungsverfahren in der Regel mit einem überhöhten Einsatz menschlicher Arbeitskraft produziert worden, so wird unter zunehmendem marktwirtschaftlichen Druck der personelle Überbesatz nunmehr sukzessive abgebaut.

Komplementär erhöht sich die Zahl der Erwerbslosen fortlaufend (Abb. 9). Die offiziell verlautbarte Quote von 32 % erfaßt den tatsächlichen Grad der Beschäftigungslosigkeit allerdings nur unzulänglich. Unter Einschluss von – geschätzt – ca. 100 000 nicht registrierter Stellungsuchender dürfte sie

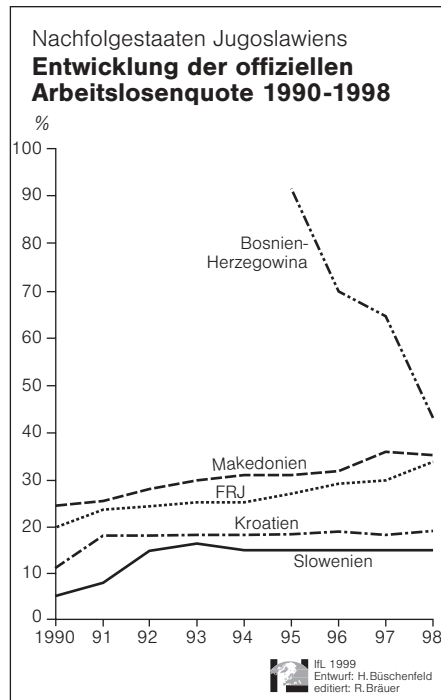


Abb. 9: Entwicklung der – offiziellen – Arbeitslosenquote 1990 bis 1998 (in %)

Quellen: Stat.let.1993, S. 525; Statistical Yearbook of Yugoslavia 1992, S. 424; bfai: Slowenien 5/1999, S. 2; BR Jugoslawien 5/1999, S. 2; EJR Mazedonien 5/1995, S. 2; 4/1996; S. 2; 5/1999, S. 2, Wirtschaftsentwicklung Kroatien 1998, S. 5; Osteuropa-Institut 1999, S. 98, 121; FAZ-Informationsdienste: Slowenien/Kroatien 8/1996, 19, 32; Osteuropa-Perspektiven Jb. 1997/98, S. 136; Jb. 1998/99, S. 49, 135; GRUBER 1998, S. 438; RIEDEL 1998, S. 344

realiter nahe der 50 %-Marke liegen, wobei die verdeckte Arbeitslosigkeit in der privaten Landwirtschaft noch nicht einmal berücksichtigt ist. Verschärfend kommt hinzu, das es sich bei rd. drei Vierteln aller Stellungsuchenden um Langzeitarbeitslose handelt (Osteuropa-Institut 1999, S. 117). Hingewiesen werden muss ferner darauf, dass der albanische Bevölkerungsteil von der überhand nehmenden Erwerbslosigkeit deutlich überproportional betroffen ist.

Der Verdienst der noch in Lohn und Brot Stehenden liegt im Schnitt zwischen 312 und 340 DM (Jahresende 1998). Zwar sind die Nettoeinkünfte im letzten Jahr leicht angehoben worden, gleichwohl reichen sie nicht annähernd zur Deckung des Grundbedarfs einer Familie aus. Mangels Zahlungsfähigkeit vieler Unternehmen sind zudem mehrmonatige Lohnrückstände keine Seltenheit. Breite Schichten der Bevölkerung können nur mit Hilfe von Transfers im Ausland tätiger Angehöriger oder durch Nebeneinkünfte aus der Schattenwirtschaft ihren Lebensunterhalt bestreiten.

Ein weiteres dringend zu lösendes Problem ist eine Reform der Altersversorgung, die unterdessen einen kaum mehr tragbaren Teil des Staatshaushalts verschlingt. Entsprechende Planungen sehen neben einer Erhöhung des Rentenalters die Einführung einer privaten Rentenversicherung vor. Zwar ist eine definitive Regelung bis dato durch die Ereignisse im Kosovo verzögert worden, immerhin kann als sicher gelten, dass auf die makedonische Bevölkerung neuerliche Belastungen zukommen.

Rückschlag

Der Erholungsprozess der makedonischen Wirtschaft wurde durch die Eskalation der Kosovo-Krise jäh unterbrochen. Zwar suchten bereits in dem der Zuspitzung vorausgehenden Jahr 60 000 bis 70 000 Kosovaren Zuflucht in Makedonien, der urplötzliche massive Zustrom von weiteren ca. 300 000 Flüchtlingen und Vertriebenen aber hat das darauf völlig unvorbereitete Land förmlich überrollt (Foto 5). Obwohl ein erheblicher Teil der Expatrierten, etwa 120 000, Aufnahme bei Verwandten oder befreundeten Familien im westlichen Makedonien fand, haben dennoch die Aufwendungen für die Flüchtlingshilfe den makedonischen Staat überfordert. Die entstandenen Kosten werden auf ca. 400 Mio. USD bzw. etwa 15 % des BIP veranschlagt (RIEDEL/KALMAN 1999, S. 279). Hinzu kommen die indirekten Verluste, die durch Begleiterscheinungen des Kriegsgeschehens hervorgerufen worden sind, vor allem Einbußen im Außenhandel, so dass sich die Gesamtbelastung nach Angaben des IWF auf rd. 1 Mrd. DM (Der Spiegel v. 21.6.1999), nach anderen Quellen sogar auf 1,6 Mrd. USD erhöht – für einen Kleinstaat ein kaum verkraftbarer Aderlass. Die extrem hohe Inanspruchnahme des Staatsbudgets ist geeignet, die erreichte Stabilität wiederum zu gefährden. Sie wirft das Balkanland weit zurück.

Wenngleich die Masse der Flüchtlinge inzwischen ins Kosovo zurückgekehrt ist, wird damit gerechnet, dass ein gewisser Teil auf Dauer in Makedonien verbleibt. Dies aber würde eine Verschiebung der Nationalitäten-Relation zwischen den Angehörigen der Titularnation und den ethnischen Albanern nach sich ziehen, die die latent



Foto 5: Nach Makedonien geflüchtete Kosovo-Albaner
Foto: Spiegel

vorhandenen interethnischen Spannungen anfachen und damit auch die innenpolitische Stabilität des jungen Staatswesens tangieren könnte.

Bosnien-Herzegowina

Die 3 ½ Jahre währenden kriegerischen Auseinandersetzungen haben die Wirtschaftskraft von Bosnien-Herzegowina dezimiert. Gegenüber der Vorkriegszeit reduzierte sich das BIP bis zur Einstellung der Kampfhandlungen (1991-1995) um drei Viertel. Das Produktionsvermögen der Industrie, die im letzten Friedensjahr den Löwenanteil (43,3 %) zur Wertschöpfung beigesteuert hatte (Abb. 4), ist nahezu zum Erliegen gekommen. 45 % der Fabrikanlagen sind zerstört (Foto 6), die übrigen weitgehend geplündert worden, so dass sich der Ausstoß auf 4-9 % seines vormaligen Standes vermindert hat (Tab. 1). Dementsprechend ist die Arbeitslosenquote von 27 % auf über 80 % geklettert. Die Auslandsverschuldung hat sich mehr als verdoppelt (Abb. 8). Angaben über den entstandenen Gesamtschaden klaffen weit auseinander: Während die bosnische Regierung von „mehr als 40 Mrd. USD“ bzw. sogar von 50-80 Mrd. ausgeht (FAZ v. 16.6.1999), wird er von der Weltbank auf 15-20 Mrd. USD veranschlagt.

Partikularinteressen

Einen Hemmschuh bei der Reanimation der nahezu zusammengebrochenen Wirtschaft stellt die durch den Dayton-Vertrag festgeschriebene Auf-

gliederung des Gesamtstaats in zwei Landesteile (Entitäten), die Bosnisch-kroatische Föderation und die Republik Srpska, dar, die angesichts divergierender politischer Ausrichtung sich nach Kräften gegeneinander abschotten, so dass keine einheitliche Wirtschaftspolitik zustande kommt und eine effektive Zusammenarbeit unterbleibt. Nur auf Druck des Hohen Repräsentanten für den zivilen Wiederaufbau können entitätsübergreifende Regelungen durchgesetzt werden, wie etwa ein einheitliches Zoll- und Steu-



Foto 6: Zerstörte Fabrik in Sarajevo
Foto: Bundeswehr

ersystem, Passwesen, ununterscheidbare Kfz-Kennzeichen oder die Konvertible Mark (KM) als gemeinsame Währung. Die 1997 als Verrechnungseinheit, 1998 als Zahlungsmittel eingeführte, im Verhältnis 1:1 an die DM gebundene KM verdrängt seitdem fortschreitend die bis dahin gebräuchlichen Banknoten, die kroatische Kuna, den serbischen Neuen Dinar und den Bosnischen Dinar, die immer öfter nur noch als Kleingeld in Gebrauch sind.

Die Auffächerung Bosnien-Herzegowinas in zwei Landesteile bringt mit sich, dass drei verschiedene Regierungsapparate existieren: der des Gesamtstaats und die beider Entitäten, die einander häufig blockieren. Über Verkomplizierungen und Verzögerungen fälliger Entscheidungen hinaus sind Kompetenzstreitigkeiten und vorläufige Obstruktion an der Tagesordnung. Ausschlaggebend für die fehlende Kooperationsbereitschaft ist vor allem die – im Interesse der Demokratisierung des neuentstandenen Staatswesens – inzwischen als gravierender Fehler erkannte, zu frühzeitige Ansetzung von Wahlen, durch die Exponenten der ethnischen Konfliktparteien allzu oft in öffentliche Schlüsselpositionen gelangt sind.

Über die gegenseitige Absonderung beider Entitäten hinaus führt auch innerhalb der Föderation die de jure kassierte, de facto jedoch weiterhin existierende parastaatliche „Kroatische Gemeinschaft Herceg-Bosna“ ein weitreichendes ökonomisches Eigenleben, so dass Bosnien-Herzegowina praktisch in drei mehr oder minder voneinander getrennte Wirtschaftsräume aufgespalten ist. Dabei ist die Republika Srpska vorrangig auf die FRJ orientiert, während sich Herceg-Bosna eng an Kroatien anlehnt.

Wiederaufbauprogramm

Bevor an eine Wiederbelebung der Wirtschaft überhaupt zu denken war, erforderte die existentielle Notlage großer Teile der Bevölkerung zwingend unverzügliche Sofortmaßnahmen, um eine humanitäre Katastrophe abzuwenden. Etwa 70 % der Bosnier waren nach Ende der Kampfhandlungen auf karitativen Beistand angewiesen.

Parallel dazu konzipierten Weltbank, IWF, EBRD (European Bank for Reconstruction and Development) und EU ein Wiederaufbauprogramm

für den Zeitraum 1996-1999, für das ein Gesamtbedarf von 5,1 Mrd. USD errechnet wurde. Außer den genannten Institutionen als Hauptfinanciers wird es durch Beiträge von 60 Geberstaaten getragen. Zielvorstellung ist, mittels der geplanten Vorhaben bis zur Jahrtausendwende das BIP auf etwa zwei Drittel des Vorkriegsstandes anzuheben.

In einer ersten Phase liegt der Schwerpunkt der Umsetzung des Programms auf der Wiederherstellung der technischen und sozialen Infrastruktur, in einer zweiten Phase vorrangig auf der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Implementierung marktwirtschaftlicher Strukturen als Grundlage eines letztendlich selbsttragenden Aufschwungs.

Realisierungsbilanz

Bei der zunächst in Angriff genommenen Rekonstruktion des Infrastrukturgefüges sind relativ befriedigende Fortschritte festzustellen: Sowohl die Funktionsfähigkeit des Verkehrswesens, der Telekommunikation wie auch der Energieversorgung ist weithin, wenn partiell auch vorerst provisorisch, gegeben. Ebenso kann ein Minimalstandard schulischer und medizinischer Versorgung gewährleistet werden. Vorangekommen ist schließlich auch die Instandsetzung des Wohnungsstocks, obwohl hier noch ganz erheblicher Handlungsbedarf besteht (Details s. BÜSCHENFELD 2000).

Gegenüber dem immerhin vorzeigbaren Vorwärtkommen bei der Wiederherstellung der Infrastruktur fällt das Ingangbringen der gewerblichen Produktion stark ab. Kaum ein Drittel der Betriebe hat die Fertigung wieder aufgenommen. Ihr Output beschränkt sich auf ein Viertel des Vorkriegsstands (Osteuropa-Institut 1999, S. 101). Gezielt gefördert wird die Produktionsaufnahme von kleinen und mittelgroßen Betrieben. Dabei stammen die erforderlichen Mittel so gut wie ausschließlich aus dem internationalen Wiederaufbauprogramm. Ausländische Direktinvestitionen spielen allenfalls eine marginale Rolle, sie beschränken sich bislang auf insgesamt 215 Mio. DM. Potente externe Geldgeber halten sich immer noch zurück. Die Wiederaufnahme der Teilmontage des „Skoda“ in Sarajevo-Vogošća durch VW ist ein singulärer Ausnahmefall.

Neben Kapitalknappheit erweist sich die schwerfällige, mitunter überforderte Administration als Bremsklotz zügigerer Revitalisierung des sekundären Sektors. Hoher bürokratischer Aufwand und Verschleppung behindern nicht selten eine umgehende Umsetzung von Projekten. Gelegentlich ist überdies Korruption im Spiel. Des weiteren leidet der Erholungsprozess unter Koordinationsproblemen. Namentlich unter den mehr als 400 beteiligten NGOs (Nongovernmental Organisations), die teilweise zueinander in einem Konkurrenzverhältnis stehen, kommt es zu unrationellen Überschneidungen. Zudem werden zugewiesene Hilfsgelder bisweilen durch einen überzogenen Verwaltungsaufwand ihrer eigentlichen Zweckbestimmung entfremdet.

Auf die bestenfalls ansatzweise Wiederbelebung der industriellen Fertigung ist die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit zurückzuführen, zumal in der Vorkriegszeit nahezu die Hälfte aller Arbeitnehmer im Produktionssektor tätig war. Im Landesdurchschnitt beläuft sich die Erwerbslosenquote auf ca. 46 % (1999), ungefähr eine halbe Million Bosnier sind ohne Stellung. Die Rückkehr der 370 000 bis 500 000 Auslandsflüchtlinge dürfte die Arbeitslosenrate erneut hochschnellen lassen.

Ausweidlösung ist für viele die weit verbreitete Schattenwirtschaft, in die mehr als ¼ Mio. Personen verwickelt sind (REUTER 1998, S. 99). Schätzungen veranschlagen ihren Umfang auf 40-50 % des legal erwirtschafteten BIP (Deutsche Bank Research 3/1999, S. 11).

Wie mühsam der wirtschaftliche Rekonvaleszenzprozess vonstatten geht, belegt der Tatbestand, dass von den bereitgestellten Fördermitteln bisher lediglich etwa die Hälfte umgesetzt worden ist. Demzufolge erscheint es mehr als zweifelhaft, dass die anvisierte Zielsetzung des Wiederaufbauprogramms innerhalb des vorgegebenen Zeitraums auch nur annäherungsweise verwirklicht werden kann. Nicht unerheblich dazu beigetragen haben mangelnde Eigeninitiativen eines Teils der Bevölkerung, unter der sich mittlerweile eine unverkennbare Alimentierungsmentalität breit gemacht hat.

Wirtschaftsgefälle

Der ökonomische Stellenwert der beiden Entitäten des bosnischen Staates

weicht stark voneinander ab. Während die Republika Srpska (RS) auf Grund vorteilhafterer naturräumlicher Gegebenheiten vorherrschend agrarorientiert, aber nur schwach industrialisiert ist, kennzeichnet die Bosnisch-kroatische Föderation (FBH) vor allem wegen ihrer reichhaltigeren Ausstattung mit Rohstoffen und Energieträgern ein weit höherer Industrialisierungsgrad.

Diese per se gegebenen Unterschiede erfahren durch ein deutlich voneinander abweichendes Maß an Kooperationsbereitschaft mit der internationalen Staatengemeinschaft eine folgenschwere Verschärfung. Gegenüber der FBH, die sich von Anfang an zur Zusammenarbeit bereit fand, legte die RS langwährend ein eher obstruktives Verhalten an den Tag und läßt erst in jüngerer Zeit eine gewisse Zugänglichkeit erkennen. Demzufolge ist denn auch das Gros der Wiederaufbaumittel, nahezu drei Viertel, in die FBH geflossen, während sich die RS bis dato mit weniger als einem Fünftel begnügen mußte (PRESBER 1999, S. 36). Insofern nimmt es nicht wunder, dass der wirtschaftliche Erholungsprozess höchst ungleich verläuft.

Motor der Entwicklung in der FBH ist allerdings keineswegs die aus den früher genannten Gründen nur sehr gemächlich Fahrt gewinnende Industrie. Zwar kann sie enorm hohe Zuwachsraten verzeichnen, doch diese werden durch die äußerst niedrige Ausgangsbasis relativiert. De facto erreicht die gewerbliche Produktion gerade einmal 16-17 % des Vorkriegsstandes (Deutsche Bank Research 3/1999, S. 11). Eigentliche Antriebskraft ist vielmehr der Dienstleistungssektor (Abb. 4), der sein Aufblühen in hohem Maße den Anforderungen der internationalen Institutionen (u. a. 32 000 SFOR-Soldaten sowie rd. 12 000 Aufbauhelfern) verdankt.

In der RS dagegen, die von Kriegsverheerungen in deutlich geringerem Umfang betroffen ist, stagniert der Wiederaufbau weitgehend. Ihre Landwirtschaft ist zwar imstande, die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung sicherzustellen, ihre unbedeutende Industrie aber kann erstmals 1998 einen leichten Produktionsanstieg nachweisen, nachdem im Jahr zuvor die Zuweisung von Fördermitteln angelassen war.

	Jahr	Maßeinheit	Föderation	Republika Srpska
BIP	1996	Mrd. USD	2,026	0,757
	1997		2,414	0,991
	1998		4,3	
BIP pro Kopf	1996	USD	921	541
	1997		1097	665
	1998		1081-1359**	745-830**
BIP-Wachstum	1996	%	55	19,2
	1997		37	-7
	1998		10	
Wachstum der Industrieproduktion	1996	%	34,7	1,3
	1997		33,4	2,7
	1998		23,8	23
Beschäftigte	1996	1000	245	
	1997		338	150
	1998		407	244
Arbeitslosenquote*	1996	%	44	61
	1997		33	47
	1998		45	37
Durchschnittslohn	1996	DM	236	68
	1997		308	95
	1998		357	236
Inflationsrate	1996	%	3,3	
	1997		12,5	35-60
	1998		5,0	17,2

* ohne Landwirtschaft ** Schätzung

Tab. 2: Bosnien-Herzegowina – Entitätsbezogene Kennziffern

Quellen: Zavod za statistiku ... 1998, S. 79, 235, 239; bfai 5/1998, S. 1; 5/1999, S. 1f.;
Wirtschaftsentwicklung 1997, 7/1998, S. 14; Osteuropa-Institut 1998, S. 98ff.; 1999, S. 100ff.; BENNETT
1998, S. 41; RIEDEL 1998, S. 360; REUTER 1998, S. 98, 102; FAZ v. 28.7.1997, 5.1.1998; Dt. Bank Research
1999, S. 14; European Commission ... 1999, S. 27, Annex 12; GLIGOROV/SUNDSTRÖM 1999, S. 11

Mithin besteht innerhalb Bosniens ein signifikantes Wirtschaftsgefälle, das durch das Wiederaufbaugeschehen eine Verstärkung erfahren hat. In der FBH ist – unbeschadet keineswegs befriedigender Dynamik – die Neubelebung unvergleichbar weiter fortgeschritten als in der RS (Tab. 2).

War die labile RS-Wirtschaft bislang stets auf Stützung durch den FRJ angewiesen, so ist diese angesichts der Erschütterung ihres eigenen ökonomischen Fundaments im Gefolge des Kosovo-Konflikts zu Beistandsleistungen nicht mehr in der Lage. Konsequenz dürfte mit Sicherheit eine weitere Schwächung der anfälligen ökonomischen Verfassung der RS sein. Das vorhandene Wirtschaftsgefälle wird sich folglich aller Voraussicht nach weiter verstärken.

Transformationsansatz

Mit dem Auslaufen des bis zur Jahrtausendwende befristeten Wiederaufbauprogramms muss davon ausgegangen werden, dass danach externe Mittelzuflüsse nur noch in deutlich be-

scheidenerem Umfang erfolgen. Umso unaufschiebbarer ist die Anbahnung einer fortschreitend eigenständigeren wirtschaftlichen Entwicklung.

Eine Schlüsselrolle spielt dabei die Privatisierung gesellschaftlichen Eigentums. Entsprechende Gesetze sind in beiden Entitäten allerdings erst 1998 verabschiedet worden bzw. in Kraft getreten. Ihre Umsetzung hat in der FBH 1999 begonnen, in der RS steht sie noch aus. Übereinstimmend ist eine Massenprivatisierung ins Auge gefasst, indem an die Bevölkerung als Entschädigung für sezessions- und kriegsbedingte Verluste unentgeltliche Zertifikate ausgegeben werden (SCHALAST 1998, S. 193, 285f.). Den Auftakt soll die Veräußerung kleiner und mittlerer Betriebe bilden, von deren Überführung in private Hand man sich einen möglichst raschen Start der Transformation erhofft. Die wesentlich kompliziertere Bewältigung des Eigentümerwechsels bei den 12 Industriekonglomeraten wird erst zu einem späteren Zeitpunkt angegangen werden.

Ausgenommen von der Massenprivatisierung bleiben die Banken, die jeweils an dominierende Investoren übereignet werden sollen. Man erhofft sich dadurch die Gewähr dauerhafter Effizienz, da den privatisierten Finanzhäusern künftig eine maßgebende Rolle im Wirtschaftsprozess zufallen wird. Der derzeitige Bankenapparat ist in Anbetracht uneintreibbarer Forderungen und mangels langfristiger Einlagen dazu außerstande. Es wird erwartet, dass die z.Zt. existierenden 65 Geschäftsbanken im Zuge des Neustrukturierungsverfahrens auf etwa 15 solvente Geldinstitute schrumpfen werden (Osteuropa-Institut 1999, S. 105).

Das Vorstehende verdeutlicht, dass in Bosnien-Herzegowina der Transformationsprozess vorerst noch in den Startlöchern verharret.

Literatur

- BARISITZ, S. (1997): "Reformnachzügler-Region" Südosteuropa. In: Österreichische Osthefte 39, H. 4, S. 467-486.
- bfai – Bundesstelle für Außenhandelsinformation (1999): Wirtschaftsdaten aktuell. Slowenien, Kroatien, Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro), EJRMazedonien, Bosnien und Herzegowina 5/1999. Köln.
- BÜSCHENFELD, H. (1998): Ostslawonien-Reintegration einer verheerten Region. In: Geographische Rundschau 50, H. 3, S. 170-172.
- BÜSCHENFELD, H. (1999a): Außenwirtschaftliche Entwicklungstendenzen in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens. In: Osteuropa 49, H. 3, S. 272-284.
- BÜSCHENFELD, H. (1999b): Makedonien-Probleme eines neuen Staates. In: Europa Regional 7, H. 1, S. 13-21.
- BÜSCHENFELD, H. (2000): Bosnien-Herzegowina. Kriegsfolgen und Wiederaufbau. In: Geographische Rundschau 52 (im Druck).
- CRKVENČIĆ, I. u. A. MALIĆ (1995): Aktuelle Tendenzen und Probleme des Wandels des ländlichen Raumes in Kroatien. In: Südosteuropa Aktuell 19, S. 91-102.
- Deutsche Bank Research (1999): Aktuelle Länderberichte -Balkan. Frankfurt/M.
- DJUKIĆ, P. (1998a): Serbian Economy Today: Between Sanctions, Populism and Reform. In: The South Slav Journal 19, H. 1-2, S. 34-39.
- DJUKIĆ, P. (1998b): Serbian Economy Today: Chronology of Sanctions (part II). In: The South Slav Journal 19, H. 3-4, S. 42-53.

- ELTZ, G. (1998): Kroatien. Privatisierungs-Fortschritt durch Voucher Fonds. In: Ost-West-Contact H. II, S. 42-44.
- European Commission and World Bank (1998): Bosnia and Herzegovina. The Priority Reconstruction Program: Achievements and 1998 Needs.
- European Commission and World Bank (1999) : Bosnia and Herzegovina. Review of the Priority Reconstruction Program and towards sustainable Economic Development.
- FAZ-Informationendienste (1994-1999): Osteuropa-Perspektiven Jb. 1994/95-1999/2000. Frankfurt/M.
- FAZ-Institut (1999): Slowenien/Kroatien. Frankfurt/M.
- FELETAR, D. (1997): Kroatien. Raumwirksame Kräfte der Transformation. In: Beiträge zur angewandten Sozialgeographie 37, S. 80-89.
- FRANIČEVIĆ, V. u. E. Kraft (1997): Croatia's Economy after Stabilisation. In: Europe-Asia Studies 49, No. 4, S. 669-691.
- GAVRANOVIC, A. (1999): Kroatien. Strategische Unternehmen jetzt unter dem Hammer. In: Ost-West-Contact H. 5, S. 66-67.
- GLIGOROV, V. u. N. SUNDSTRÖM (1999): The Costs of the Kosovo Crisis. In: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche Nr. 12, 4/1999.
- GODTFREDSSEN, L. (1996): Entrepreneurship in Slovenia: Assessing the Impact of Public Policy. In: Communist Economics and Economic Transformation 8, No. 3, S. 411-425.
- GRUBER, W. (1998): Die wirtschaftliche Entwicklung Makedoniens seit 1991. In: LUKAN, W. u. P. JORDAN (Hrsg.): Makedonien. Frankfurt/M., S. 435-457.
- JAHOVIĆ, N. (1999): The State of the Economy in Bosnia and its Consequences for Social Problems in the Country. In: South-East Europe Review 2, H. 1, S. 87-98.
- KLEMENČIĆ, V. (1997): Slowenien. Entwicklung der Raumstrukturen. In: Beiträge zur angewandten Sozialgeographie 37, S. 44-64.
- LAZIC, M. u. L. Sekelj (1997): Privatisation in Yugoslavia (Serbia and Montenegro). In: Europe-Asia Studies 49, No. 6, S. 1057-1070.
- Ministry of Foreign Affairs Bosnia and Herzegovina (1998): Implementation of the Priority Reconstruction Program. Status Report 4. Sarajevo.
- PETKOVSKI, M. u. T. SLAVESKI (1997): Foreign Trade in the Republic of Macedonia. In: Eastern European Economics 35, S. 52-75.
- RAMET, S. (1998): The Slovenian Success Story. In: Current History H. 3, S. 113-118.
- REUTER, J. (1998a): Die politische Entwicklung in Bosnien-Herzegowina. Zusammenwachsen der Entitäten oder nationale Abkapselung? In: Südosteuropa 47, H. 3-4, S. 97-116.
- REUTER, J. (1998b): Slowenien, Kroatien und Serbien – wie groß ist der Abstand zur Europäischen Union? In: Südosteuropa 47, H. 5-6, S. 189-205.
- RIEDEL, S. (1998): Monetaristische Reformstrategien und ihre sozialen Folgen für Südosteuropa: Die Entstehung einer Region europäischer Entwicklungsländer. In: Südosteuropa 47, H. 7-8, S. 334-367.
- RIEDEL, S. u. M. KALMAN (1999): Die Destabilisierung Südosteuropas durch den Jugoslawienkrieg. In: Südosteuropa 48, H. 5-6, S. 258-315.
- SCHALAST, C. (1998a): Privatisierung in der Föderation Bosnien und Herzegovina. In: Recht in Ost und West 42, H. 5, S. 192-194.
- SCHALAST, C. (1998b): Privatisierung, Rechtsreform und Aufbau einer Marktwirtschaft in der Republik Srpska (Bosnien-Herzegowina). In: Recht in Ost und West 42, H. 7, S. 284-287.
- SCHRAMEYER, K. (1997): Makedonien. Friedlichkeit, Maß und Vernunft – mit balkanischem Charme. In: Südosteuropa 46, H. 12, S. 661-694.
- SLAVESKI, T. (1997): Privatization in the Republic of Macedonia. In: Eastern European Economics 35, H. 1, S. 31-51
- SMITH, S. CIN, B.-C. u. M. VODOPIVEC (1997): Privatization Incidence, Ownership Forms, and Firm Performance: Evidence from Slovenia. In: Journal of Comparative Economics 25, S. 158-179.
- SPASOVSKA, V. (1999): Auswirkungen der Kosovo-Krise auf Mazedonien. In: Südosteuropa Mitteilungen 39, Nr. 2, S. 92-98.
- STRAŠEK, S. (1998): The Slovene Economy and Monetary Convergence. In: Europe-Asia Studies 50, No. 7, S. 1263-1274.
- UVALIĆ, M. (1997): Rückkehr zur Zusammenarbeit ? Wirtschaftliche Probleme und Aussichten der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien. In: Europäische Rundschau 25, H. I, S. 53-66.
- vwd – Vereinigte Wirtschaftsdienste (1999): OstWirtschaftsReport v. 28.5., 20.8.1999. Eschborn.
- Yugoslav Survey 1991-1996. Beograd.
- Statistični letopis 1991-1998. Ljubljana 1991ff.
- Statistički ljetopis 1991-1998. Zagreb 1991ff.
- Statistical Yearbook of Yugoslavia 1992-1998, Beograd 1992ff.
- Statistical Yearbook of the Republic of Macedonia 1994-1998. Skopje 1994ff.
- Državni zavod za statistiku: Mjesečno statističko izvješće 8/1997. Zagreb 1997.
- Zavod za statistiku Federacija Bosna i Hercegovina (1996): Statističke Informacije. Sarajevo.
- Zavod za statistiku Federacija Bosna i Hercegovina (1998): Statistički godišnjak. Sarajevo.

Prof. Dr. HERBERT BÜSCHENFELD,
Westfälische Wilhelms-Universität,
Institut für Didaktik der Geographie,
Robert-Koch-Str. 26,
48149 Münster.